Was bringt's für junge Menschen?

Die neuen Grundsatzprogramme von CDU und SPD in der Kritik

Brennpunkt 4/07

HausTicker

LJR-Vollversammlung: Politisch einmischen und »qualifiziertes« Ehrenamt fördern!
Der Landesjugendring Hamburg hat auf seiner Vollversammlung am 15.11.2007 seine jugendpolitische Agenda neu justiert und einen neuen Vorstand gewählt.
»Jugendverbandsarbeit ist nicht irgendeine Ehrenamtstätigkeit«, stellt **Hans-Jürgen Plate** (33, wiedergewählter LJR-Vorsitzender) heraus. »Was das Engagement junger Menschen in jedem Jugendverband von der sogenannten Freiwilligentätigkeit in anderen Bereichen unterscheidet, ist, dass wir unsere Leute auch gezielt qualifizieren. Die Leiter/innen von Jugendgruppen haben alle eine Jugendleiterausbildung durchlaufen. Das macht unsere Arbeit selbständig und nachhaltig.«
Daher steht für den Landesjugendring die Förderung des Ehrenamtes ganz oben auf der jugendpolitischen Agenda. »Wir müssen kluge Wege finden«, sagt **Anne Abel** (30, ebenfalls wiedergewählte LJR-Vorsitzende), »um die Vereinbarkeit vom Engagement im Jugendverband und mit den Anforderungen durch Schule, Studium oder Beruf an die Jugendlichen zu sichern.« Der Landesjugendring wird Wege der gezielten Förderung von Jugendlichen, die eine JuLeiCa (Jugendleiterausbildung) besitzen, beschreiten.
Und noch ein anderes politisches Zeichen: Im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahlen (Februar 2008) präsentiert der Landesjugendring den Wahl-O-Maten in Kooperation mit Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung. »Dieses Online-Tool macht Spaß«, sagt **Eike Schwede** (25, ebenfalls wiedergewählter LJR-Vorsitzender), »und wird jungen Menschen helfen, über ein politisches Frage-Thesen-Spiel die Positionen der Hamburger Parteien zur Bürgerschaftswahl besser kennen zu lernen.« Der Landesjugendring wird die Einführung des Wahl-O-Maten im Februar 2008 mit öffentlichen Kampagnen begleiten.
In den Vorstand des Landesjugendrings Hamburg, bestehend aus vier gleichberechtigten Mitgliedern, wurde **Gregor Best** (28, s. Bild) von der DGB-Jugend neu gewählt. Er ersetzt **Rike Rosa Bracker** (SJD – Die Falken), die nach zwei Jahren großem Engagements aus beruflichen Gründen ausgeschieden ist.
Neuer Zivi. Er hat einen »grünen Gürtel« in Shinson Hapkido und ist ausgebildeter Krankenpfleger: Björn Fischer (20, s. Bild) ist seit Anfang November der neue Zivildienstleistende beim Landesjugendring Hamburg. Shinson Hapkido ist eine Kampfkunst-Sportart, die erst seit 1983 in Europa Einzug gehalten hat und im Gegensatz zu ihren Artverwandten den Akzent auf Kunst und Gemeinschaft legt. Nach dem Ende seiner Zivildienstzeit im Juli 2008 plant Björn die Fachhochschulreife an einer Gesundheitsschule zu machen.

Inhalt

Kommentar

3 **Hamburg, meine Zukunft ...**
Hans-Jürgen Plate
LJR-Vorsitzender

Titelthema: Was bringt´s für junge Menschen?
Die neuen Grundsatzprogramme von CDU und SPD in der Kritik

5 **Das neue Grundsatzprogramm der CDU – Den Menschen Orientierung geben: Traditionelle Grundwerte und ein modernes Gesellschaftsbild**
Marcus Weinberg (CDU), MdB

8 **Was bringt's?**
Das neue Grundsatzprogramm der SPD
Niels Annen (SPD), MdB

12 **Das neue CDU-Grundsatzprogramm – was bringt es Kindern, Jugendlichen und Familien?**
Von Christiane Blömeke (Grüne/GAL), MdHB

14 **Links an der Jugend vorbei!**
Katalin Busche (FDP)

Vorsicht, Vielfalt!

16 WirkungsStätten
Von Musik bis Migrationshilfe
Die vielen Gesichter des Mig-Zentrums
Von Bianca Gerlach, Hamburg

Nachrichten

18 **Mitteilungen – Alternative Stadtrundfahrten**

19 **Give me Five!**
Erfolgreiche respekt*-Veranstaltung im November im kölibri

Veranstaltungen der DGB-Jugend zur Bürgerschaftswahl 2008

Bock auf Wahl ?!
Website der DGB-Jugend

Gregor Best

Björn Fischer

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V.
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.
Redaktion: Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Raul Roßmann
Photos: (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Jürgen Garbers (LJR). **V.i.S.d.P.:** Eike Schwede c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg.
Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Auflage: 2.400 Exemplare
punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.
Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Hamburg, meine Zukunft ...

Hamburg, nur noch wenige Wochen bis zur Bürgerschaftswahl. Der Kurs der einen großen Partei scheint klar; sie will im großen Zukunftsthema Bildung punkten. Doch – was vernehmen wir zum Thema Gymnasium: ja – nein – vielleicht?

Aber wen interessiert das? Laut aktuellen Umfragen offenbar nicht viele. Thema Nummer Eins ist und bleibt: die Arbeitslosigkeit oder die Sorge davor, in den sozialen Abwärtssog zu geraten.

Bildung ist als Thema fraglos der Medienstar; die Angst vor sozialem Abstieg hingegen so etwas wie eine »hidden agenda« in der politischen Öffentlichkeit. Man spricht nicht gern direkt darüber, aber sie ist allerorten spürbar.

Diese Unübersichtlichkeit stützt den Kurs der anderen großen Partei in Hamburg. Sie meidet die Bildungsfrage so dezent wie der Teufel das Weihwasser und umgeht damit die teilweise eklatanten Missstände im Hamburger Bildungssystem mehr oder weniger geschickt. Noch scheint diese Strategie aufzugehen. Die Sonne des viel beredeten (oder nur beschworenen) wirtschaftlichen Aufschwungs überstrahlt die Schattenseiten. Doch wie lange noch? Zwischen Bildung als Zukunftsthema und der hidden agenda sozialer Abstiegsangst gibt es eine Nahtstelle.

Nelson Mandela benannte diese treffend: »Das größte Problem in der Welt ist Armut in Verbindung mit fehlender Bildung. Wir müssen dafür sorgen, dass Bildung alle erreicht.« Gewiss, so genannte Entwicklungsländer sind hinsichtlich sozialer Chancen nicht mit Deutschland vergleichbar. Bei uns ist es theoretisch möglich, dass Bildung allen zugänglich ist. Doch auf der sozial-ökonomischen Stufenleiter, die Deutschland im Vergleich zu anderen Nationen erklommen hat, gibt es ein Gefälle, das junge Menschen auch abrutschen lässt. Und sie renitent werden lässt.

Nur ein Beispiel. In Berlin wurde kürzlich ein privater Wachschutz zur Waffenkontrolle bei Schülern vor »auffälligen Schulen« postiert, um die Gewalt auf dem Schulhof einzudämmen. Dies erscheint als ein letztes Mittel vor dem Schulkollaps durch gewaltbereite Schüler, als eine Notmaßnahme angesichts einer eklatanten Fehlentwicklung.
Deren Gründe liegen allerdings vor dem Schulhof und werden durch »auffällige Schulen« lediglich fokussiert. Was ist passiert? Schüler aus »sozialen Problemvierteln« nehmen die Konkurrenz um Chancen in der Gesellschaft, von einer Volkspartei als »Chancengesellschaft« verharmlost, offenbar unmittelbar und sehr wörtlich. Auf dem Schulhof erproben sie – mit unerlaubten Mitteln – ihre Durchsetzungschancen gegen Schwächere. Der Verdrängungswettbewerb eskaliert gewaltsam. Ein »Bürgerkrieg« in der Adoleszenzphase. Bildung ade.

Und die Kehrseite? Wie erleben diese Schüler die Gegenreaktion, mittels Wachschutz einen gewaltfreien Schulhof wieder herzustellen? Sehen sie ihre Zukunftsperspektive in Uniform unmittelbar vor der Schule stehen? Sagen sie: Wir sind nicht gewollt, man will sich nicht mit uns beschäftigen, man lässt uns bewachen?
Ein sehr gefährliches Projekt, weil so Schulen noch weniger Akzeptanz erwarten können als bisher. Eine solche Schule läuft Gefahr, als moderne Verwahrungsanstalt für verhaltensauffällige Jugendliche dazustehen. Statt die Gründe der Fehlentwicklung zu hinterfragen und anzupacken, werden Symptome an sozialen Brennpunkten bekämpft.

Hoffentlich ist dies kein Weg für Hamburg. Denn die Ansätze stimmen einfach nicht. Die Debatte über Bildung ist allein auf den Komplex »Schulsysteme« fokussiert, nonformale Bildungsprozesse werden hingegen sträflich ausgeblendet. Damit Schule »Menschen bilden« kann und in ihr nicht gesellschaftliche Fehlentwicklungen eskalieren, ist es notwendig, bildungsfördernde Prozesse jenseits des Schulhofes zu hegen und zu erhalten. Ohne ein bildungsermöglichendes soziokulturelles Umfeld wäre ein jedes Schulsystem hoffnungslos überfordert. Das gilt für Medien wie für Familie, für politische Öffentlichkeit wie für das soziale Nahfeld.

Einen Teil zu diesem Bildungsbiotop steuern Jugendverbände bei. Gleichwohl verzichtet die Ganztagsschule in Hamburg – bis auf eine Vereinbarung mit dem Hamburger Sportjugend – fast gänzlich auf eine Einbindung der Jugendverbände und bleibt bei ihrer Linie treu, nur einfache Wege zu gehen. Dabei wird die nonformale Bildung, die wir in den Jugendverbänden leisten, in seiner Tragweite weder anerkannt noch ausreichend gefördert. Dies hat Nach- und Vorteile.

Nachteilig ist die nicht ausreichende finanzielle Ausstattung unserer Arbeit und ebenso die Missachtung unserer Arbeit mancherorts. Durch eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung wäre es uns weiter greifend möglich, Kindern und Jugendlichen durch Angebote zur Selbstorganisation soziale Kompetenz zu vermitteln. Diese ist als Grundlage notwendig, um Bildung als Chance zu verstehen. In unseren Verbänden ist sehr viel einfacher, über Einkommensgrenzen in Elternhäusern hinaus miteinander zu arbeiten, zu leben und voneinander zu lernen. Natürlich gibt es auch hier Einschränkungen, aber diese sind überwindbar!

Von Vorteil ist aber auch, dass wir so dem Anpassungsdruck an sozialtechnische Moden entgehen können. Verbandliche Jugendarbeit ist keine sozialpräventive Maßnahme, um Fehlentwicklungen Jugendlicher zu korrigieren. Und sie ließe sich darin auch nicht ohne Schaden für's Ganze einspannen. Denn ihr Wesen ist Autonomie, ein Gestaltungsfreiraum von Jugendlichen für Kinder und Jugendliche.
Und ganz nebenbei »produzieren« wir in unseren Jugendverbänden eine Ressource, derer gerade auch die Bürgergesellschaft bedarf: den jungen Menschen, der Verantwortung in demokratischen Gemeinwesen übernimmt. Von dieser Förderung leben unsere Verbände, aber nicht nur sie. Schule, Universitäten, Unternehmen, Politik und Gesellschaft profitieren von diesen hoch qualifizierten Ehrenamtlichen. Sie sind ein Bestandteil großen Engagements in die Zukunft Hamburgs, und damit auch ein Teil des Weges aus der Bildungskrise ...

Hans-Jürgen Plate
LJR-Vorsitzender

Was bringt's für junge Menschen?

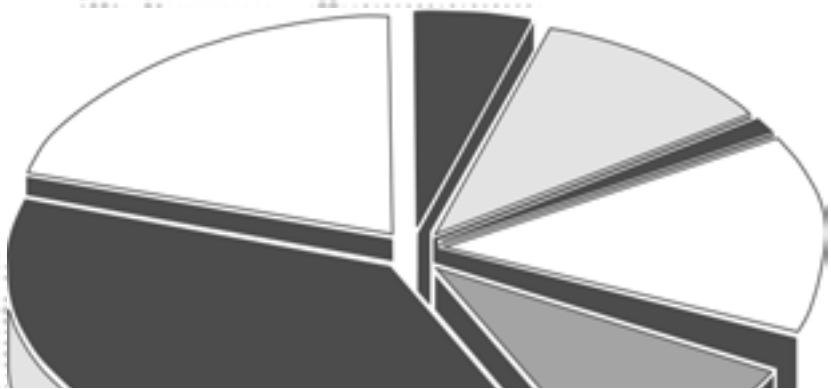
Die neuen Grundsatzprogramme von CDU und SPD in der Kritik

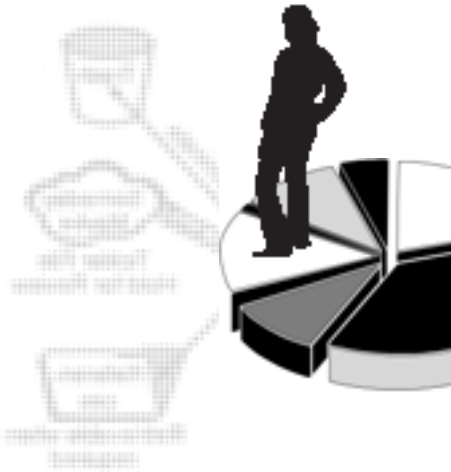
Die politischen Koordinatensysteme der Volksparteien sind frisch aufgelegt: die SPD hat ihr neues Grundsatzprogramm im Oktober in Hamburg beschlossen – die CDU folgte im Dezember auf ihrem Bundesparteitag in Hannover. Die Wahl der Tagungsorte dieser beiden Bundesparteitage sollte ein Zeichen setzen: in beiden Bundesländern stehen Landtagswahlen an.

Doch haben Grundsatzprogramme der Parteien noch politische Strahlkraft? Beschreiben sie Visionen einer besseren Welt? Geben sie Antworten auf drängende gesellschaftliche Probleme? Oder realpolitisch gefragt: Markieren Parteigrundsätze noch die Koordinaten des politischen Handelns im parlamentarischen Alltagsgeschäft? Und vor allem: wie unterscheidbar sind die großen Parteien?

punktum macht die Probe auf's Exempel und hat nachgefragt. Während der Wahlkampf in Hamburg alsbald in seine heiße Phase eintritt und Zuspitzung wie zuweilen Vereinfachung der politischen Gegensätze damit einhergehen, wollten wir es genauer und grundsätzlicher wissen: Was bringt's für junge Menschen? Welche Antworten versuchen die Parteiprogramme zu geben – auf gesellschaftliche Probleme und Sorgen junger Menschen, auf ihrer Suche nach einer lebenswerten Welt, auf ihrer Suche nach dem Konzept einer Gesellschaft, das offen ist für die Veränderung zum Besseren.

Diese »Querschnittsfrage« richteten wir einerseits an CDU und SPD. Niels Annen (SPD) und Marcus Weinberg (CDU) beschreiben jeweils die Antworten ihrer neuen Parteiprogramme. Zur Kritik daran luden wir andererseits jene Parteien ein, die in Hamburg vor dem Wieder- respektive Neueinzug in die Bürgerschaft stehen oder Chancen darauf haben. Christiane Blömeke kritisiert für Grüne / GAL das Grundsatzprogramm der CDU, Katalin Busche (FDP) nimmt sich beide Programme vor, allein der Beitrag der Linken erreichte uns nicht mehr bis zum Redaktionsschluss. (jg)





Das neue Grundsatzprogramm der CDU – Den Menschen Orientierung geben: Traditionelle Grundwerte und ein modernes Gesellschaftsbild

Von Marcus Weinberg (CDU), MdB

Im Dezember 2007 wurde das neue Grundsatzprogramm »Grundsätze für Deutschland« der CDU auf dem Bundesparteitag verabschiedet. Es ist nach den Programmen von 1978 (»Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit«) und 1994 (»Freiheit in Verantwortung«) das dritte Grundsatzprogramm der CDU. In diesem Programm werden die traditionellen Grundwerte der CDU mit einem modernen Gesellschaftsbild verbunden. In Zukunftsbereichen wie Integration, Familie und Bildung öffnet sich die CDU gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, ohne aber ihr Wertesystem von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit einzuschränken. Gerade diese Verbindung von eher traditionell georteten Wert- und Zielvorstellungen mit gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen macht das Programm für junge Menschen reizvoll.

In der Zeit einer sich verändernden Gesellschaft, die mit den Folgen von Globalisierung, demografischem Wandel, Migration und Klimawandel leben wird, brauchen wir Antworten und Leitlinien, die unser Koordinatensystem bestimmen. Auch viele junge Menschen suchen wieder verstärkt Halt in Werten und Überzeugungen. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die wir aus unseren christlich geprägten Wertgrundlagen ableiten, sind unser »Werteangebot« an die jungen Menschen. Die Modernität des Programms liegt dabei in der Kunst diese Werte als festen Rahmen mit veränderten gesellschaftlichen Herausforderungen zu verbinden. Modern ist für uns nicht das »Hinterherhecheln« hinter dem Zeitgeist, sondern das, was gut für die Menschen und die gesellschaftliche Entwicklung ist. Und wir Menschen brauchen dabei auch Halt und Sicherheit in einem stabilen Wertesystem. Wir machen den jungen Menschen ein gutes Angebot!

Unser Grundsatzprogramm im Überblick:

Menschenbild, Grundwerte und Gesellschaftsbild.
Wofür stehen wir? Wer sind wir?
Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. Die CDU will die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie bewahren und stärken. Wir leiten aus ihnen die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Diese Grundwerte erfordern und ergänzen einander. Der Mensch ist dabei frei geschaffen. Solidarität ergibt sich aus der sozialen Natur des Menschen und aus dem Gebot der Nächstenliebe. Wir wissen, dass es ohne Gerechtigkeit keine Freiheit gibt. Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen. Diese Überlegungen finden in der Chancengesellschaft ihre Verwirklichung. Mit unserer Politik zielen wir auf eine Gesellschaft, die jedem Freiheit sichert und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet.
Die CDU vertraut auf die Fähigkeit der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Wir halten fest an der Nation als eine Verantwortungsgemeinschaft für die Vergangenheit, die Gegenwart und für die Gestaltung der Zukunft. Jeder, der auf Dauer bei uns bleiben will, ist aufgefordert, sich mit diesem Land und seiner Geschichte vertraut zu machen. Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft, Anerkennung der verbindlichen kulturellen Grundlagen, der Werte, die unserer Geschichte entstammen und in unser Grundgesetz eingegangen sind, bilden unsere politische Kultur. Sie ist geprägt von den Besonderheiten der deutschen Geschichte und ihren föderalen und konfessionellen Traditionen. Dieses gemeinsam bildet den Boden einer Leitkultur in Deutschland. Das Bekenntnis zur Leitkultur und die Identifikation damit ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

Herausforderungen unserer Zeit – Gestaltungsanspruch der CDU
Wo sehen wir die Herausforderungen der Zukunft? Welche Antworten haben wir?
Wir leben heute in einer Zeit epochaler Veränderungen. Sie fordern unser Land heraus, das Fehlentwicklungen und Strukturschwächen des Sozialstaates korrigieren und eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit zurückdrängen muss. Die Gefährdungen unserer Umwelt, die Folgen der Globalisierung, die Anforderungen der Wissensgesellschaft, neue Bedrohungen unserer Freiheit und der demografische Wandel sind die wichtigsten Beispiele solcher Herausforderungen. Unsere Antwort auf diese Herausforderungen ist die Chancengesellschaft.

Starke Familien – menschliche Gesellschaft
Fundament der Gesellschaft sind Ehe und Familie, die wir stärken wollen. Wir wollen den Familien Gerechtigkeit widerfahren lassen. Für uns ist Familie überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie umfasst somit alle Generationen. Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann

und Frau. Aber wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Familien mit Kindern müssen steuerlich besser gestellt sein als kinderlose. Dazu fordern wir die Einführung eines Familiensplittings.

Bildungs- und Kulturnation Deutschland – Antworten auf die Wissensgesellschaft

• Mehr Bildung für alle. Von Anfang an, ein Leben lang

Bildung ist der Schlüssel für die Lebenschancen jedes einzelnen. Insbesondere die frühkindliche und vorschulische Bildung wollen wir stärken und ausbauen. Der Aufbau von Bildungshäusern für Drei- bis Zehnjährige als Verzahnung von Kindertagesstätten und Grundschulen soll dieses mit unterstützen. Durch ein freies, gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem werden wir Werte schaffen, die Wohlstand sichern. Das gegliederte Schulsystem hat sich als erfolgreiches Modell erwiesen. Die Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf und in die Gesellschaft.

• Neugieriges Deutschland: Forschung sichert Wohlstand

Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Für uns findet die Freiheit der Forschung ihre Grenzen dort, wo die unantastbare Würde des Menschen berührt wird und die Schöpfung gefährdet ist.

Wir wollen die Ausgaben hierfür bis zum Jahr 2015 auf vier Prozent des Bruttoinlandproduktes steigern.

• Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit

Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik trägt zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei. Sie muss deswegen gestärkt werden. Eine finanzielle Beteiligung von politischen Parteien an Medien lehnen wir ab.

Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in der globalisierten Welt

Wenn wir darauf achten, dass unsere Politik wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht ist, dann ist auch die Globalisierung nicht das Ende des Sozialstaates und der Sozialen Marktwirtschaft, sondern vielmehr kann sie der Beginn ihrer weltweiten Akzeptanz sein. Eine neue Wirtschaftspolitik muss die Standards der Sozialen Marktwirtschaft international verankern.

• Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt – Wirtschaft und Arbeit

Freiheit und Wettbewerb sind die Triebfedern unseres Wirtschaftssystems. Deswegen gilt es für den Staat, sich bei Subventionen und wirtschaftlicher Betätigung zurückzuhalten. Vielmehr muss der Staat für eine funktionierende Infrastruktur sowie für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und der Menschen für die weitere Entwicklung Deutschlands sorgen. Arbeit für Alle ist das Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Wir brauchen deswegen neben Bildungsinvestitionen eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes mit besseren Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose sowie Ältere. Grundsätzlich muss gelten: Vorfahrt für Arbeit. Die soziale Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Mitbestimmung wollen wir als Interessenvertretung der Arbeitnehmer fortentwickeln. Diesen Prozess wollen wir durch die rechtssichere Gestaltung betrieblicher Bündnisse für Arbeit ergänzen. Wir sprechen uns für mehr Erfolgs- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer sowie für mehr Flexibilität der Arbeitszeiten aus. Es muss gelten: Wenn man arbeitet, muss man mehr haben, als wenn man nicht arbeitet.

• Den demografischen Wandel gestalten – Soziale Sicherheit für alle Generationen

In der Krankenversicherung wie in der Pflegeversicherung soll die Umlagefinanzierung stufenweise durch Einführung von solidarischen Prämienelementen ergänzt und baldmöglichst durch ein kapitalgedecktes solidarisches Prämienmodell ersetzt werden.

Die Alterssicherung in Deutschland ruht auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Private und betriebliche Altersvorsorge sollen effizient und zielgerichtet gefördert werden.

Die Dauer der Absicherung soll sich wieder stärker als heute an der Dauer der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung orientieren.

• Solide Finanzen, solides Deutschland

Stoppen wir die Verschuldung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Wir wollen sicher stellen, dass die verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln die Kreditaufnahmen wirksam begrenzen und eine Schuldenbremse eingeführt wird. Damit die Bürger das Steuerrecht akzeptieren, muss es den Prinzipien folgen: einfach, niedrig, gerecht. Das entspricht unseren Grundwerten von Solidarität und Gerechtigkeit.

Die Schöpfung und das Leben bewahren – Für eine lebenswerte Umwelt

Die Würde des Menschen schützen – Vom Beginn bis zum Ende des Lebens.

Die Achtung der Menschenwürde besitzt Vorrang vor der Forschungsfreiheit. Das behinderte, noch nicht geborene Leben bedarf unseres besonderen Schutzes.

Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung widersprechen sich nicht, sondern bedingen einander. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Soziale Marktwirtschaft mit ökologischer Ausrichtung ein.

Unser Ziel ist es, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf max. 2 °C zu begrenzen. Bis zum Jahr 2020 streben wir einen Anteil regenerativer Energie am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von mind. 20% an. Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der Energiebereitstellung tragen.

Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden.

Integrationsland Deutschland

Für die CDU ist die Integration von Zuwanderern, insbesondere von Kindern und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation, in unsere Gesellschaft eine politische Schlüsselaufgabe. Gleichzeitig muss Deutschland attraktive Zuwanderungs- und Aufnahmebedingungen für gut ausgebildete Menschen, Kulturschaffende und Höchstqualifizierte bieten. Integration bedeutet, Verantwortung zu übernehmen für unser Land. Ein unverbundenes Nebeneinander und die Bildung von Parallelgesellschaften, in denen unsere Rechtsordnung missachtet wird, lehnen wir ab.

Deutschlands Verantwortung und Interessen wahrnehmen

Die CDU ist die deutsche Europapartei. Wir sind gleichzeitig deutsche Patrioten und Europäer. Der europäische Einigungsprozess muss fortgesetzt werden, ohne dass die Nationalstaaten aufgelöst werden. Wir benötigen für Europa eine neue vertragliche Grundlage, welche die Demokratie in der EU stärkt. Deutschland steht in internationaler Verantwortung und muss die Mittel und Instrumente den Aufgaben und Verpflichtungen entsprechend bereitstellen.

Zentrales Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ständiger Ort des sicherheitspolitischen Dialogs insbesondere mit den USA ist die NATO. Wir bekennen uns zur Wehrpflicht in Deutschland. Die Wehrpflicht muss allerdings den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen angepasst und dementsprechend weiterentwickelt werden. Der Bundeswehr kommt heute ein erweitertes Aufgabenspektrum zu: Landes- und Bündnisverteidigung, Krisenreaktion und Stabilitätstransfer sowie die zivilmilitärische Zusammenarbeit im Inneren bilden die Kernelemente des Aufgabenspektrums der Bundeswehr heute.

Breite Diskussion mit den Menschen über unser Programm

Schon im Frühjahr 2006 mit Beginn der Grundsatzprogrammarbeit war uns eine breite Diskussion mit der Basis und mit dem vorpolitischen Raum wichtig. Dieses Grundsatzprogramm ist für die Menschen – und mit ihnen müssen wir über dieses Programm sprechen. Auch unsere Parteibasis wurde breit eingebunden in die Diskussion.

Die Akzeptanz von Parteiprogrammen hängt auch davon ab, wie offen diese mit den Menschen entwickelt werden. Hierbei gab es eine intensive Diskussion auch mit den gesellschaftlichen Gruppen, die nicht parteigebunden sind. Der Generalsekretär hat mit einer Dialog-Tour für dieses Programm geworben. Im Rahmen dieser Tour war er auch zu Gast im Suchthilfezentrum »Lukas« in Hamburg-Altona.

Wesentliche Unterschiede zum Programm der SPD aus Sicht der CDU

Die drei großen Volksparteien CDU, CSU und SPD entwickeln im Jahre 2007 ihre neuen Grundsatzprogramme. Die Unterschiede zur Schwesterpartei CSU sind eher als gering zu bezeichnen, zumal die bayrische CSU durch ihren regionalen Charakter auszeichnet. Das neue in Hamburg verabschiedete Programm der SPD unterscheidet sich deutlich vom Programm der CDU. Die wichtigsten Unterschiede aus unserer Sicht:

• ***Anspruch Volkspartei und Grundwerte***

Die CDU ist die große Volkspartei der Mitte, die konservative, liberale und christlich-soziale Strömungen in sich vereint. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Die SPD versteht sich auch heute noch als »linke Volkspartei«. Die Grundwerte der CDU, die sich aus dem christlichen Menschenbild herleiten, sind Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Die Grundwerte »erfordern und ergänzen einander und sind gleichwertig«. Die SPD spricht zwar auch von einer Gleichwertigkeit ihrer Grundwerte (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität), es dominiert aber eindeutig die »soziale Gerechtigkeit«, verstanden als eine staatlich zu garantierende materielle Gerechtigkeit. Gefordert ist »mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht«. Das gesellschaftliche Leitbild der CDU ist die Chancengesellschaft, die Freiheit und Sicherheit der Menschen miteinander verwirklicht.

Die CDU will gesellschaftlichen Zusammenhalt – auch und gerade als Nation, durch Patriotismus und die gemeinsame Anerkennung der Leitkultur in Deutschland. »Unser Leitbild ist die Chancengesellschaft, die zusammenhält und den Bürgern vielfältige Möglichkeiten eröffnet, in einer veränderten Welt ihr Leben zu meistern.« Das Gesellschaftsideal der SPD ist noch immer der längst überholte »demokratische Sozialismus«. Dahinter verbirgt sich ein Denken vom Kollektiv und vom Staat her. Der Staat erscheint als mächtige Regulierungsmaschinerie, die zugunsten von Gerechtigkeit überall eingreifen soll. Der Staat »fördert Existenz sichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er entlässt nicht aus der Verantwortung für das eigene Leben.« Das »neue Leitbild« der SPD ist das alte: der Staat. Die deutsche Geschichte und die letzten Jahre haben bewiesen, dass der Staat häufig nicht (mehr) in der Lage ist, die von der SPD zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die Folgen der Überfrachtung mit Aufgaben hießen Neuverschuldung. Die CDU will gerade in Verantwortung für die nächsten Generationen die Neuverschuldung auf Null setzen.

• ***Familie und Integration***

Die CDU bekennt sich klar zu Ehe und Familie als Fundament unserer Gesellschaft. »Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen.« Für die SPD ist Familie überall dort, »wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander einstehen.« Von Elternschaft ist hier nicht die Rede. Aber wenn Familie nichts mehr mit Elternschaft zu tun hat, wird sie letztlich zu einer beliebigen Form der Wohngemeinschaft und der Kühlschrank wird zum verbindenden Element. Die SPD macht mit diesen Ansätzen den Weg frei für ein Adoptionsrecht für Homosexuelle. Ein solches Recht lehnt die CDU ab.

Für die CDU ist »Deutschland Integrationsland«. Wir sagen, worauf es ankommt: Es geht darum, die bei uns lebenden Zugewanderten und ihre Kinder besser in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das »Integrationsland Deutschland« will fordern und fördern, dass sich die Hierherkommenden auf den Boden unserer gemeinsamen Leitkultur stellen und bei uns heimisch werden. Die CDU spricht sich gegen »Parallelgesellschaften« aus.

• ***Arbeit und Wirtschaft***

Für die CDU hat der Staat im Blick auf die Wirtschaft die Aufgabe, »Unternehmen durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern«. Der Ordnungsrahmen der Wirtschaft muss dem Leistungsprinzip und dem Grundsatz der Subsidiarität entsprechen. Da wir »in die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger vertrauen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen« wollen wir Tarifpartnern und Betrieben Freiräume für mehr eigenverantwortliche Entscheidungen eröffnen. Wir sind gegen staatlich vorgegebene Einheitslösungen, wo der Staat nichts zu suchen hat. Für die SPD ist es eine der Kernbotschaften, dass der Staat in die Wirtschaft eingreifen muss. So soll der Staat »als ›Pionier‹ wirtschaftlichen Handelns Leitmärkten entscheidende Impulse geben« und »industriepolitische Prioritäten setzen«. Er muss in der Wirtschaft die Gleichberechtigung von Mann und Frau mit »verbindlichen Zielvorgaben« durchsetzen. Er soll Unternehmen zur Finanzierung von Bildung, Ausbildung, Forschung und Infrastruktur heranziehen. Der Staat soll regulierend in die Gehaltsfindung und Einkommensverteilung eingreifen. Diese Eingriffe haben sich negativ auf die gesellschaftliche Entwicklung ausgewirkt.

Was bleibt?

Das Programm der CDU ist konservativ, liberal und sozial zugleich. Wir verschließen nicht die Augen vor den gesellschaftlichen Veränderungen der Zeit. Wir antworten mit einer neuen Betonung unserer Werte, die aus der Herleitung des christlichen Menschenbildes entstammen. Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden den Rahmen unseres politischen Handelns. Eine moderne – durchaus progressive – Politik lebt in diesem Rahmen. Nicht dem Zeitgeist hinterher jagen, sondern klare Leitlinien eines Wertesystems setzen.

Zur Person

Marcus Weinberg (CDU), MdB

Geboren am 4. Juni 1967 in Hamburg

• 1987 Abitur

• 1987 – 1991 Bundeswehr, danach Studium der Fächer Geschichte, Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaften

• 1997 1. Staatsexamen

• 2001 2. Staatsexamen (Lehramt) bis Oktober

• 2005 Lehrer in Hamburg

• 1997 – 2001 Mitglied der Bezirksversammlung Altona

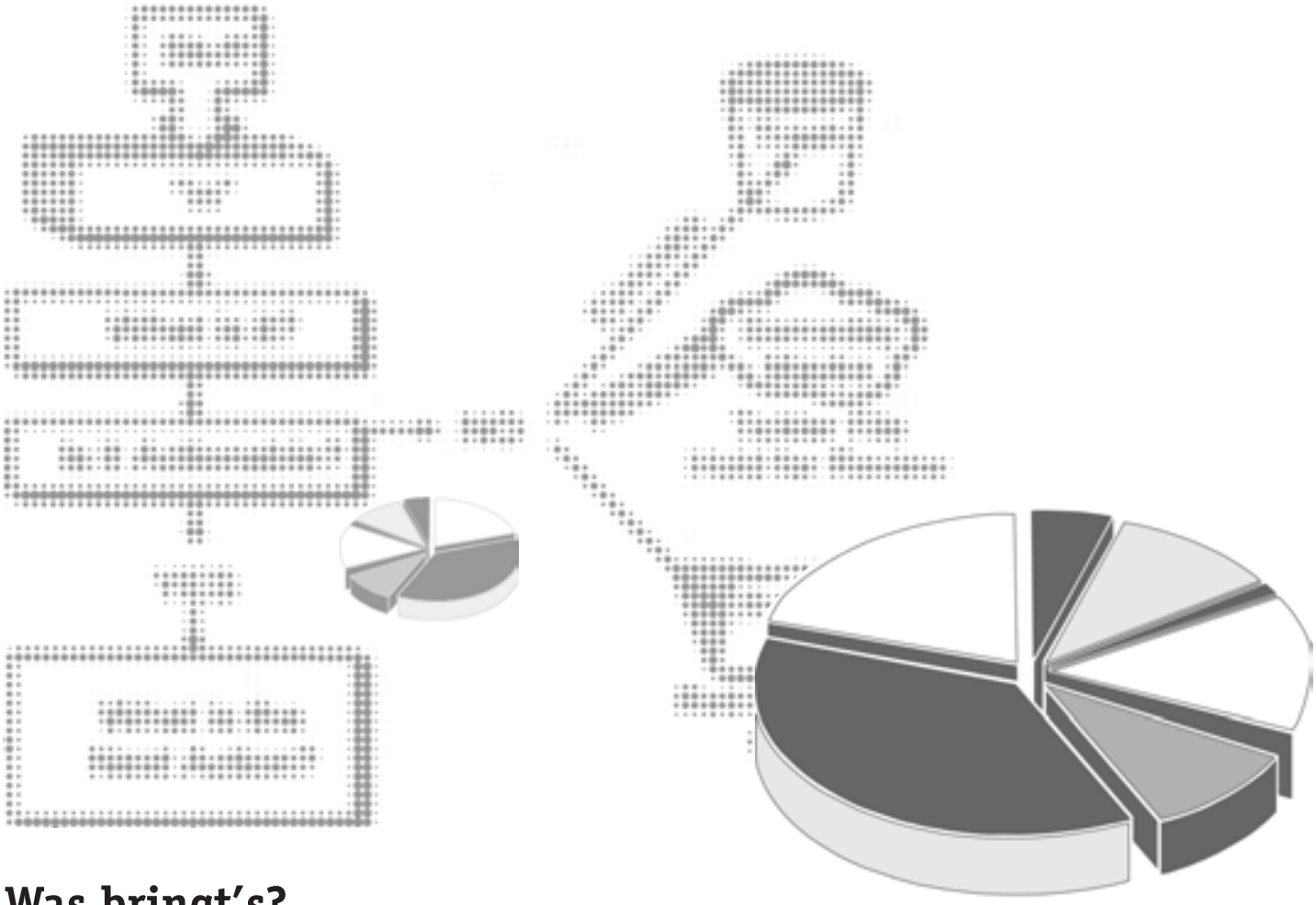
• 2001 – 2005 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für die CDU-Fraktion, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Jugendpolitischer Sprecher und Fachsprecher für Jugend/Kinder/Familie

• Mitglied in den Ausschüssen: Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, Schulausschuss, Sonderausschuss Vernachlässigte Kinder

• Seit Oktober 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages

• Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss, stellv. Mitglied im Sportausschuss, Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung, Mitglied der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft,

• Mitglied im Kuratorium des Vereins »Frischluft e.V.«



Was bringt's? Das neue Grundsatzprogramm der SPD

Von Niels Annen (SPD), MdB

Die SPD hat sich im Oktober auf dem Bundesparteitag der SPD in Hamburg ein neues Grundsatzprogramm gegeben. Wenn es nach uns geht, haben auch Jugendliche viel davon.

Mit dem »Hamburger Programm« knüpft meine Partei an die lange Tradition der bedeutenden Grundsatzprogramme der SPD an. Es löst das »Berliner Programm« aus dem Jahre 1989 ab, das noch vor der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 verabschiedet wurde.

Grundsatzprogramme von Parteien mögen auf den ersten Blick sehr dröge wirken. Steigt man allerdings etwas genauer in die Materie ein, so wird man feststellen, dass es sich bei Parteiprogrammen um eine spannende Lektüre handeln kann.

Für die vorliegende Ausgabe von »punktum« möchte ich das neue Grundsatzprogramm der SPD unter der Prämisse »Was bringt's für junge Menschen?« näher beleuchten.

Im »Hamburger Programm« gibt es kein eigenes Kapitel zur Jugendpolitik – aber viele Themen, die die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm aufgreift. Und viele Positionen, die wir im »Hamburger Programm« formuliert haben, sind für Jugendliche und junge Erwachsene sehr wichtig.

Gute Bildung für alle

Die internationalen Studien der letzten Jahre zum Thema »Bildung« bringen es regelmäßig auf den Punkt: Nirgendwo in Europa sind die Bildungschancen so abhängig vom sozialen Status des Elternhauses wie in Deutschland.

Im Klartext: Diejenigen Kinder, die das Glück haben, in einen Akademikerhaushalt hineingeboren werden, haben eine sehr viel größere Chance, Abitur zu machen und zu studieren, als Kinder aus bildungsferneren Schichten. Auch bei der Benotung der Schülerinnen und Schüler spiegelt sich der Bildungsstand der Eltern wieder. Echte Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche sieht anders aus.

Über Bildungswege und Bildungschancen wird in unserem deutschen Bildungssystem zu früh entschieden. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen setzen uns für ein Bildungs- und Schulsystem ein, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen: In Zukunft soll das von der Kindertagesstätte bis zum Abschluss der zehnten Klasse gehen.

Für die SPD dienen die Kindertagesstätten nicht nur allein der Kinderbetreuung, sondern auch der Bildung unserer Kinder. Durch gezielte Sprachförderung gilt es, gleiche Startchancen für alle Kinder – mit oder ohne Migrationshintergrund – sicherzustellen.

So wie wir in der Vergangenheit die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft haben, wollen wir jetzt eine gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder und einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr verwirklichen.

Wir wollen den jungen Müttern und Vätern eine echte Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie geben. Mit familienfreundlichen Arbeitszeitregelungen will die SPD dafür sorgen, dass Familie und Erwerbsleben in ein gutes, ausbalanciertes Verhältnis zueinander gebracht werden können. Denn Familien sollen nicht nur am Wochenende Zeit füreinander haben.

Ein Betreuungsgeld, wie von Teilen der Union gefordert wird, lehnen wir ab. Zu verlockend wäre es insbesondere für sozial schwache Familien, ihre Kinder nicht in die Kindertagesstätte oder zu Tageseltern zu schicken und so eine zusätzliche Geldprämie des Staates zu kassieren.

Die skandinavischen Länder haben es uns im Rahmen der PISA-Studie vorgemacht. Von einer gemeinsame Ganztagsschule bis zur zehnten Klasse profitieren nicht nur die Lernschwachen sondern auch die Lernstarken. Kinder und Jugendliche haben die Chance, voneinander zu lernen. Diese Schulform stärkt die soziale Durchlässigkeit im Bildungsbereich nachhaltig.
Die Ganztagsschule ist in ein soziales Umfeld eingebettet. Dazu gehören neben Sportvereinen, Musikschulen, Volkshochschulen etc. insbesondere auch Betriebe. Die Anbindung der Schulen an Betriebe wird Jugendlichen die Berufsorientierung erheblich erleichtern.

Wer sich nach dem Abschluss der Ganztagsschule für eine Berufsausbildung entscheidet, soll zukünftig ein Recht auf Ausbildung haben. Das duale Ausbildungssystem – die Ausbildung im Betrieb wird durch den Besuch der Berufsschule ergänzt – muss modernisiert und weiterentwikkelt werden. Dazu gehört neben der Pflicht der Unternehmen, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses selbst zu sorgen, auch die Garantie zur beruflichen Erstausbildung. Sollten die Unternehmen zu wenig Ausbildungsplätze für die Jugendlichen zur Verfügung stellen, dann muss der Staat durch eine qualitativ hochwertige, öffentlich verantwortete Berufsausbildung einspringen.
Daneben braucht unsere Gesellschaft nicht weniger, sondern mehr Akademiker und Akademikerinnen aller Fachrichtungen. Dazu gehören die Sozial- und Geisteswissenschaften ebenso wie die Natur- und Technikwissenschaften. Auch sogenannte Orchideenfächer haben im Universitätskanon ihre Daseinsberechtigung.
Wir wollen einen offenen Zugang zum Studium und den Anteil der Studierenden aus bildungsferneren Familien erhöhen. Deshalb lehnen wir Studiengebühren für das Erststudium ab und fordern eine bedarfsgerechte staatliche Ausbildungsförderung. Eine Forderung, die mit der Steigerung des BaföG-Förderungshöchstsatzes von 585 € auf 643 € und einer Erhöhung der Freibeträge zum Wintersemester 2008/2009 bereits in Regierungshandeln umgesetzt wurde.
Auch wenn Jugendliche bereits im Berufsleben stehen, sollen sie sich zukünftig verbessert weiterbilden können. Ziel ist das lebenslange Lernen in der lernenden Gesellschaft. Fort- und Weiterbildung gilt es finanziell und durch Freistellungsansprüche gesetzlich sicherzustellen. Die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung wird bei der Finanzierung dieses Vorhabens helfen. Die Arbeitsversicherung wird berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichern. Außerdem soll sie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten. So hätten Jugendliche, die z. B. ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und keine Stelle finden, Anspruch auf notwendige Weiterqualifizierungen.

Nachhaltigkeit: Lebensgrundlagen für morgen sichern

Dem Thema Nachhaltigkeit hat sich die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm besonders intensiv gewidmet. Wir müssen die Erde als Lebensgrundlage für die nachfolgenden Generationen erhalten.
Die gegenwärtige Art der Energie- und Ressourcenverschwendung muss gestoppt werden. Weltweit werden die natürlichen Ressourcen und Rohstoffe knapper. Den Klimawandel und seine schädlichen Auswirkungen durch neuartige Klimaphänomene können wir in Form von Wirbelstürmen, Überschwemmungen oder Feuersbrünsten fast tagtäglich in den Nachrichten erleben.
Drohende Ressourcenknappheit und Klimakatastrophen bergen weltweit ein enormes Konfliktpotenzial. Allein um die Erderwärmung zu bekämpfen, muss der weltweite Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen bis 2050 halbiert werden. Dabei wollen sich die Entwicklungs- und Schwellenländer bei ihrer Industrialisierung nicht durch die sogenannte Erste Welt behindern oder bevormunden lassen.
Deshalb sind der Klimaschutz und der Zugang zu Energie, Rohstoffen sowie Wasser die Schlüsselfragen im 21. Jahrhundert. Denn Energie gehört ebenso wie Luft und Wasser zu den Lebensgrundlagen unserer Zivilisation.
Wir sehen im massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und in der Steigerung der Energieeffizienz den Schlüssel zu einer friedlichen Entwicklung der Welt.
Unser Ziel ist ein solares Zeitalter – ohne Abhängigkeit von Öl und anderen endlichen Energieträgern. Das »Hamburger Programm« bekräftigt den im Sommer 2000 ausgehandelten und beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland.
Die im Hamburger Umland gelegenen Atomkraftwerke Brunsbüttel, Krümmel und Brockdorf sollen nach heutigem Stand in den Jahren 2009, 2015 und 2018 abgeschaltet werden. Im Jahr 2021 wird dann auch der letzte Atomreaktor in Deutschland vom Netz gehen.
Es gilt nun, das solare Zeitalter vorzubereiten und Gelder in Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien zu investieren.
Durch Effizienzsteigerung, den Wechsel zu erneuerbaren Energien sowie durch Ressourceneinsparungen und den Ausbau von Wiederverwertungsverfahren von Rohstoffen werden – als positiver Nebeneffekt – tausende neuer Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk, in Dienstleistungsberufen sowie in der Land- und Forstwirtschaft entstehen.

Nachhaltig wirtschaften

Verantwortung für die nachfolgenden Generationen zu übernehmen, bedeutet neben einer nachhaltigen Energiepolitik auch, nachhaltiger zu wirtschaften. Die Globalisierung hat in den vergangenen Jahren dramatisch zugenommen. Die Märkte für Kapital, Industriegüter und Dienstleistungen stehen weltweit in einem immer schärferen Kosten- und Qualitätswettbewerb.
Viele Menschen in Deutschland profitieren von der Globalisierung. Rekord-Exporte ermöglichen ein starkes Wachstum, und weil viele Konsumgüter in Billiglohnländern produziert werden, können wir sie zu Niedrigpreisen kaufen. Die Menschen erleben aber auch die negativen Seiten der Globalisierung – etwa die zunehmende Verlagerung von Arbeitsplätzen in Regionen mit geringeren Lohnkosten, Sozial- und Umweltstandards.

Gerade in einer globalisierten Welt und einer globalisierten Wirtschaft besteht die SPD darauf: Globalisierung widerfährt uns nicht einfach. Globalisierung ist das Ergebnis menschlichen Handelns. Sie kann daher auch durch menschliches Handeln gestaltet werden. Und das muss sie auch. Die Politik hat einen klaren Auftrag, die sich weltweit verändernden Wirtschaftsprozesse gerecht und sozial zu steuern. Globalisierung wird oft mit vermehrtem Standortwettbewerb, Lohndumping, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und dem Verlust kultureller Identität verbunden. Dabei ist Globalisierung ein Prozess, der regional sehr heterogen verläuft. Unser Gestaltungsanspruch liegt darin, die Chancen globaler wirtschaftlicher Arbeitsteilung zu nutzen und Risiken und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Weil nicht

nur wirtschaftliche, sondern auch politische Prozesse internationaler werden, gehören zur Gestaltung der globalen Marktkräfte neue Instrumente wie z.B. internationale soziale Standards. Das hat nicht nur langfristig oder abstrakt Auswirkungen auf die Lebensbedingungen junger Menschen.
Eine konkrete Konsequenz gerechter internationaler Wirtschaftsstandards ist z. B., dass Ausbildungen ohne Qualitätsverlust ganz oder teilweise im Ausland absolviert werden können.

Nachhaltig besser: Strategische Industriepolitik

Es bleibt also dabei: Märkte können und müssen politisch gestaltet werden. Dieser Aufgabe stellt sich die SPD nicht nur im Rahmen der Globalisierung. Natürlich geht es auch um die soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Ein Kernpunkt der wirtschaftspolitischen Aussagen im neuen Grundsatzprogramm der SPD ist die strategische Industriepolitik. Das bedeutet, innovative Produkte zu entwickeln, hochwertige Dienstleistungen zu fördern, neue Technologien und Produktionsverfahren zu erschließen. Eine strategische Industriepolitik setzt auf den Ausbau von Qualität und auf die Kompetenzen regionaler Wirtschaftsstandorte, die in ihrer Besonderheit weiterentwickelt werden. In diesem Innovationsprozess liegt auch die Chance auf zusätzliche Arbeitsplätze und das Entstehen neuer Ausbildungsberufe. Eine konsequente strategische Industriepolitik bedeutet also auch, dass die SPD z. B. auf dem Arbeitsmarkt neue Perspektiven für Jugendliche schaffen will.

Prinzip Nachhaltigkeit international durchsetzen

Nachhaltigkeit hat aber nicht nur ökologische und arbeitsmarktpolitische Implikationen für junge Menschen in der Bundesrepublik. Die Haltung westlicher Industrienationen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern hat enorme Auswirkungen auf die Lebensrealität von Jugendlichen weltweit. In ihrem neuen Grundsatzprogramm klärt die SPD auch ihre Position zu Fragen der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik. Dabei ist unser Ziel eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit. Denn es mag zwar für die Konsumenten in Deutschland von Vorteil sein, wenn Produkte aus Billiglohnländern hier auch billig zu haben sind – die politische Verantwortung dafür, die Produktions- und Lebensbedingungen weltweit menschengerecht zu gestalten, können und wollen wir jedoch nicht abgeben. Weltweit verbindliche Sozial- und Umweltstandards, die die Menschenwürde und

menschengerechte Lebensbedingungen schützen, bedeuten für Jugendliche in Schwellen- und Entwicklungsländern ganz konkret die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Möglichkeit, zur Schule zu gehen statt Kinderarbeit leisten zu müssen und gesundheitlich vernünftig versorgt zu werden. Für uns lautet der Gestaltungsauftrag also: Soziale Gerechtigkeit schaffen und globale Armut bekämpfen, Globalisierung sozial und ökologisch gestalten. Dies ist übrigens im besten Sinne auch aktive Friedenspolitik. Viele Jugendliche weltweit müssen unter Kriegsbedingungen leben – deswegen bekennt sich die SPD in ihrem neuen Grundsatzprogramm ganz klar zur internationalen Friedensverantwortung deutscher Politik.

Entschlossen gegen Rechtsextremismus

»Demokratie stärken. Gewalt bekämpfen. Wirksam handeln gegen Rechtsextremismus«, so ist ein auf dem SPD-Bundesparteitag in Hamburg einstimmig beschlossener Antrag überschrieben.
Zusammen mit dem neuen Grundsatzprogramm gibt dieser Antrag die Richtung meiner Partei beim Thema Rechtsextremismus vor: Wir brauchen in Deutschland ein politisches Klima, das unmissverständlich klar macht, dass Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und Revisionismus von uns nicht toleriert wird.
Die Gefahren des Rechtsextremismus muss der Rechtsstaat mit allen Mittel bekämpfen. Gleichzeitig muss Zivilcourage und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts auch weiterhin auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene gefördert werden.
Der Rechtsextremismus hat in den vergangenen Jahren sein Gesicht verändert. Mit noch nie dagewesener Gewaltbereitschaft und Aggressivität wird Jagd auf Menschen gemacht, werden unsere gemeinsamen demokratischen Werte bekämpft.
Die rechtsextreme Szene ordnet sich offenbar immer mehr der NPD unter. Gewaltbereite Anhänger der NPD versuchen, die Mitglieder demokratischer Parteien verbal und körperlich einzuschüchtern und zu bedrohen. Ein Wahlkampfhelfer der SPD wurde von zwei Neonazis in Berlin überfallen und brutal zusammengeschlagen. Vier Tage musste er nach der feigen Attacke im Krankenhaus verbringen.
Diese Ereignisse stellen einen offenen Angriff auf die Demokratie dar und dürfen nicht toleriert werden! Deshalb gilt es, ein erneutes NPD-Verbotsverfahren sorgfältig zu prüfen.
Wie wichtig eine entschiedene sozialdemokratische Politik gegen Rechtsextremismus ist, zeigen auch die dramatischen Entwicklungen der vergangenen Jahre im Jugendbereich.
Rechtsextreme nutzen vorhandene Formen der Jugendkultur und füllen sie mit rechtsextremen Inhalten. Ob die kostenlose Schulhof-CD, die Nachhilfegruppe oder das Rockfestival am Wochenende: Unverbindlich wirkende Freizeit- und Alltagsangebote, lockere und informelle Treffen sollen Jugendliche in fest organisierte Gruppen und Kader locken.
Entschiedenes Eintreten aller zivilgesellschaftlichen Kräfte gegen Rechtsextremismus muss daher ganz konkret die Jugendlichen unterstützen, die sich in Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus engagieren – mit Geld, mit Trainingsprogrammen und mit gesellschaftlicher Anerkennung.

Generationengerechtigkeit

Unsere Gesellschaft erlebt einen grundlegenden Wandel in der Alterspyramide. Die Menschen werden zum Glück immer älter. Gleichzeitig kippt das

Verhältnis zwischen jüngeren und älteren Menschen. Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf unsere sozialen Sicherungssysteme.
Vor dem Hintergrund dieser Situation bekennt sich die Sozialdemokratie zur Solidarität. Sie macht sich stark für die Solidarität über Generationen hinweg. Dies bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe.
Solidarität ist für die SPD die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Alten und Jungen. Kurz: Generationen stehen füreinander ein – und die SPD steht zum Generationenvertrag. Neue Modelle des Miteinanders von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Alten wollen wir ganz konkret auch finanziell fördern.

Geschlechtergerechtigkeit

Nach wie vor ein wichtiges Thema: Gleichstellung von Männern und Frauen. Das fängt nicht erst im Berufsleben an – dort wird es aber besonders deutlich. Gerade in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Benachteiligungen fort. Immer noch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz überwiegend ein Problem der Mütter, verdienen Frauen weniger als Männer, verlieren Frauen leichter ihre Arbeitsplätze und sind häufiger von Armut bedroht.
Aber auch die spezifischen Bedürfnisse von Jungen und Mädchen, z. B. in der Schulausbildung, angemessen zu berücksichtigen, gehört zu einer Politik, die gleiche Chancen für Männer und Frauen durchsetzen will.

Wehrgerechtigkeit

Das Thema Wehrpflicht und Wehrgerechtigkeit ist natürlich vor allem für junge Männer von Bedeutung. Von Wehrgerechtigkeit kann in Deutschland schon lange keine Rede mehr sein. Von 420.000 wehrpflichtigen Männern kommen zur Zeit nur 70.000 junge Männer der allgemeinen Wehrpflicht nach. Etwa 100.000 junge Männer leisten aktuell Zivil- oder andere Ersatzdienste ab. Der überwiegende Teil der jungen Männer, nämlich fast 60%, unterbricht seine zivile Lebensplanung für neun Monate nicht. Sie werden schlicht ausgemustert oder erst gar nicht einberufen. Mit Wehrgerechtigkeit und Chancengleichheit hat diese Einberufungspraxis nichts zu tun.
Das »Hamburger Programm« spricht von einer Weiterentwicklung der Wehrpflicht und der Stärkung der Freiwilligkeit beim Wehrdienst.
Es sollen zukünftig nur noch diejenigen einberufen werden, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen. Gleichzeitig sollen diejenigen, die freiwillig soziale Dienste an der Allgemeinheit leisten, von einem Bonussystem profitieren. Denkbar wäre hier z.B. ein Bonus bei der Vergabe von Studienplätzen. Das Bonussystem gilt natürlich auch für junge Frauen, die sich z. B. für ein soziales Jahr entscheiden.
Die Formulierung zur Wehrgerechtigkeit stellt meines Erachtens einen gelungenen Kompromiss dar. Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass der Parteitag der SPD der Forderung des Jusos gefolgt wäre und die Abschaffung der Wehrpflicht in ihrem Grundsatzprogramm beschlossen hätte.
Ich gehe aber davon aus, dass sich mit der beschlossenen Formulierung die Abschaffung der Wehrpflicht mittelfristig durchsetzen wird.

In Bewegung – Jugendliche und Sportpolitik

Annähernd 27 Millionen Menschen sind in Deutschland in rund 90.000 Turn- und Sportvereinen organisiert, ein großer Teil davon sind Jugendliche. 2,7 Millionen Mitglieder engagieren sich in offiziellen Ämtern und Funktionen. Darüber bin ich sehr froh. Denn der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Kultur und unseres Alltagsleben. Für uns ist es deshalb besonders wichtig, neben dem Leistungssport insbesondere den Breiten- und Behindertensport und seine Vereine zu fördern. Denn viele Jugendliche sind gerade in den breitensportlichen Jugendabteilungen aktiv. Der Breiten- und Behindertensport dient maßgeblich unserer Gesundheit, vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness, verbindet Menschen und hilft, soziale Gegensätze zu überwinden.
Grundlage der Turn- und Sportvereine ist das Ehrenamt. Damit die Vereine auch weiterhin ihre wichtige Arbeit fortsetzen können, setzt sich die SPD dafür ein, dass das Ehrenamt zukünftig eine größere gesellschaftliche Anerkennung erfährt und besser abgesichert wird.

Nicht nur drüber reden – Politik mitgestalten!

Man sieht also: Das neue Grundsatzprogramm der SPD hat für Jugendliche viel zu bieten. Im Übrigen machen wir in der SPD nicht nur Politik für Jugendliche – Jugendliche sind auch herzlich eingeladen, ihre politischen Vorstellungen und Forderungen in den Schüler- und Jugendorganisationen der SPD selbst aktiv zu formulieren und umzusetzen!
Vom Mitmachen lebt unsere Demokratie!

Zur Person

Niels Annen (SPD), MdB
geboren am 6.4.1973 in Hamburg
• 1979 – 1989 Albert-Schweitzer-Schule Hamburg
• 1989 – 1992 Peter-Petersen-Schule,Hamburg (Abitur), Vorsitzender der SchülerInnenkammer Hamburg (LandesschülerInnenvertretung)
• 1992 – 1993 Zivildienst beim Landesjugendring Hamburg
• 1994 Student der Geschichte, Geographie und Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg, Mitglied der Internationalen Kommission der Jusos
• 1997 Student an der Universität Complutense, Madrid
• 1998 Praktikum bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid
• 2000 – 2001 Vizepräsident der International Union of Socialist Youth (IUSY), Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialisten seit 1989, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
• 2001 – 2004 Bundesvorsitzender der JungsozialistInnen in der SPD (Jusos)
• seit 2003 Mitglied im SPD-Parteivorstand dort Leiter der Projektgruppe »Gegen Rechtsextremismus«, Mitglied der Programmkommission und der Internationalen Kommission, Stellvertretender Vorsitzender des Forums Demokratische Linke 21 (DL21) sowie des Forums »Eine Welt«
• seit 2005 für Hamburg-Eimsbüttel im Deutschen Bundestag (Auswärtiger Ausschuss)

Das neue CDU-Grundsatzprogramm - was bringt es Kindern, Jugendlichen und Familien?

Von Christiane Blömeke (Grüne/GAL), MdHB

Die CDU hat sich auf dem Parteitag in Hannover ein neues Grundsatzprogramm gegeben. Die Christdemokraten selbst sprechen von einer Modernisierung. Ein genauer Blick in das Programm offenbart, dass die CDU gesellschaftliche Realitäten von Kindern, Jugendlichen und Familien immer noch verkennt und bildungspolitisch nicht den Schritt ins 21. Jahrhundert geschafft hat.

Ehe als Leitbild

»Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie.«, heißt es im neuen CDU-Grundsatzprogramm. Eine Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe lehnt die CDU weiterhin genauso ab, wie ein Adoptionsrecht für Homosexuelle. Tatsächlich gibt es immer weniger traditionelle Familien in der Bundesrepublik während die Zahl Alleinerziehender und unverheirateter Lebensgemeinschaften mit Kindern kontinuierlich ansteigt. Nichteheliche Familienformen machen heute bundesweit schon ein Viertel aller Familien aus. Aus grüner Sicht ist Familie da, wo Kinder sind. Ob in klassischen Ehen, unverheirateter Partnerschaft, in Ein-Elternteil- oder Patchwork-Familien oder gleichgeschlechtlichen Partnerschaften – Familienpolitik sollte sich primär an den Bedürfnissen der Kinder orientieren.

Auch das Ehegattensplitting haben die Christdemokraten nicht angetastet. Dabei ist das Ehegattensplitting unter familien- und gleichstellungspolitischen Aspekten höchst fragwürdig. Das Ehegattensplitting fördert die Ehe, nicht die Familie. Es begünstigt vor allem Alleinverdienerehen mit hohem Einkommen und ungleichen Einkommensverhältnisse innerhalb der Ehe. Es gibt überwiegend Frauen einen Anreiz, nicht erwerbstätig zu sein oder nach der Geburt eines Kindes nicht in den Beruf zurückzukehren. Es kommt Kindern nur dann zugute, wenn die Eltern verheiratet sind und gut verdienen, und es ist ein Steuermodell, das eingetragene Lebenspartnerschaften ausschließt.
Den Steuervorteil für Verheiratete will die CDU noch um eine Kinderkomponente ergänzen. Auf den allerersten Blick scheint dieses als Familiensplitting bekannt gewordene Modell ein sinnvoller Schritt zu sein, schaut man aber genauer hin, wird deutlich, dass die steuerliche Berücksichtigung von Kindern wiederum nur denen zugute kommt, die überhaupt Steuern zahlen. Ein Drittel aller Familien zahlt wegen zu geringen Einkommens jedoch gar keine Steuern mehr. Den größten Vorteil erhielten also erneut sehr gut verdienende Familien mit mehreren Kindern. Auch mit der Einführung eines Familiensplittings würde die CDU vor allem die negativen Auswirkungen des Ehegattensplittings fortschreiben.

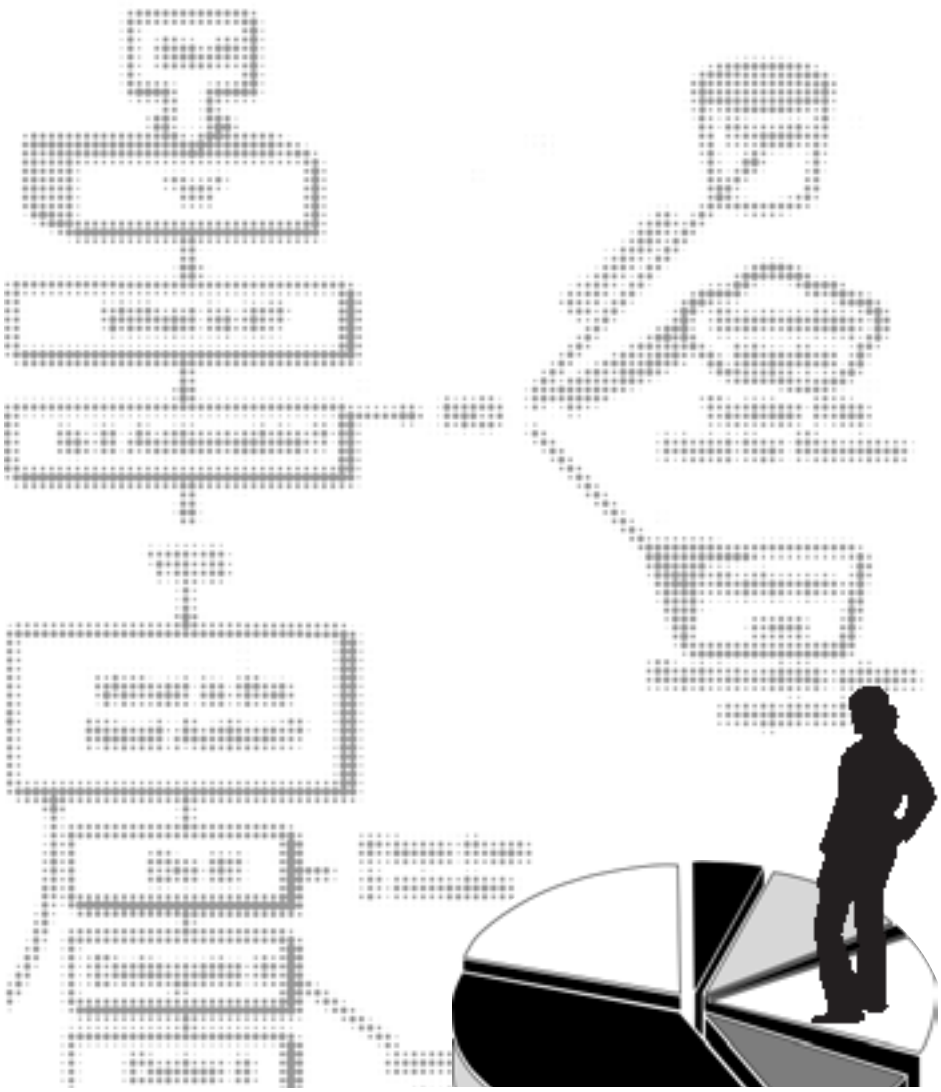
Dabei ist es möglich, die Besteuerung so zu verändern, dass Kinder und Familien gezielt gefördert werden. Wie soll das gehen? Wir Grüne möchten, dass jede/r Erwerbstätige individuell besteuert wird. Die Unterhaltspflicht in Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften bleibt dabei bestehen – sie würde mit einem übertragbaren Grundfreibetrag berücksichtigt. Mit der veränderten Besteuerung würden steuerliche Mehreinnahmen von insgesamt rund 16 Mrd. Euro erzielt. Dieses Geld wollen wir Grüne in den Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur und in eine Existenzsicherung für alle Kinder bis zur Beendigung der ersten Ausbildung investieren. Allein Hamburg würde durch die Individualbesteuerung Mehreinnahmen von rund 100 Mio. Euro erzielen. Damit ließen sich ein Rechtsanspruch auf ganztägige Kindertagesbetreuung ab dem ersten Lebensjahr und eine bessere Qualität der Betreuung finanzieren.

Widersprüchliche Signale in der frühkindlichen Bildung

Die Kinderbetreuung soll ausgebaut werden, insbesondere für die unter Dreijährigen – bis zum Jahr 2013, so der Beschluss der Bundesregierung, der auch in das Grundsatzprogramm der CDU aufgenommen wurde. Die Richtung stimmt – allerdings geht der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zu langsam voran.
Interessanter ist allerdings der Umstand, dass sich die CDU ein Hintertürchen für die Einführung des Betreuungsgeldes, also einer Geldleistung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, offen gelassen hat. Dabei bietet das Betreuungsgeld gerade für bildungsferne und einkommensschwache Familien einen Anreiz, ihre Kinder nicht in Kindertagesstätten betreuen zu lassen und sich statt dessen eher für die Geldleistung zu entscheiden. Das Betreuungsgeld widerspricht auch der Zielsetzung des Elterngeldes. Die CDU wird sich irgendwann entscheiden müssen, ob sie Kindertagesstätten als Bildungsorte begreift und Anreize für junge Mütter schaffen will, nach der Geburt eines Kindes in den Beruf zurückzukehren oder die klassische Rollenverteilung zwischen Vater und Mutter mit einer Herdprämie honorieren will.
Heute wissen wir, dass Kinder von einer qualitativ guten Kindertagesbetreuung profitieren. Bis zum Schulalter werden die Grundlagen für kreative Entfaltung, für Forschergeist und eine entsprechende Lebenseinstellung gelegt. Deswegen sind neben den Eltern die Kindertagesstätten so wichtig. Sie haben einen umfassenden Bildungsauftrag, der weit über Sprachförderung hinausgeht. Sie sollen die vielfältigen Talente kleiner Kinder, ihre Wissenspotenziale, ihre Mehrsprachigkeit, ihre emotionale Intelligenz, ihr soziales Lernen wie auch ihren Bewegungsdrang frühzeitig und umfassend fördern.

Soziale Herkunft und Bildungschancen – nichts aus PISA gelernt!

»Die soziale Herkunft junger Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden.« Damit haben die Christdemokraten die zentrale soziale Frage unserer Zeit erkannt, leider ziehen sie aus dieser Erkenntnis nicht die richtigen Schlüsse, beispielsweise in der Frage der Reform des Schulsystems. Denn auch die aktuelle PISA-Studie bescheinigt der Bundesrepublik, dass die Bildungschancen von Kindern von der Ausbildung und dem Geldbeutel der Eltern abhängig sind. Deutsche Schülerinnen und Schüler bleiben bei den erreichten Kompetenzen weiterhin nur Mittelmaß. Darüber kann auch das erfreuliche Ergebnis in den Naturwissenschaften nicht hinwegtäuschen. Doch selbst dort zeigt sich die soziale Spaltung: In Hauptschulen ist der naturwissenschaftliche Unterricht ein Stiefkind und die Leidtragenden sind Kinder aus Migrantenfamilien und bildungsfernen Schichten. Und was macht die CDU? Sie stellt in ihrem Grundsatzprogramm allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz fest, dass sich das gegliederte Schulsystem als erfolgreich erwiesen hat.
Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule abbrechen oder nicht berufsausbildungsfähig sind, ist in Hamburg besonders groß. Aber auch die Hamburger CDU hält im Grundsatz am gegliederten Schulsystem fest, auch wenn es hier »nur« noch zwei Säulen, die Stadtteilschule und das Gymnasium, geben soll. Auch dieses Modell wird die grundlegenden Probleme der Mehrgliedrigkeit nicht beheben. Die Idee, Kinder auf zwei oder drei Säulen zu verteilen, ist aus grüner Sicht sozial ungerecht, leistungshemmend und für eine moderne Gesellschaft unhaltbar. Die Kinder nach Begabung einzuteilen, wie der CDU-



Senat in Hamburg plant, widerspricht allen pädagogischen Erkenntnissen und der heutigen Berufswelt.
Wer eine kindgerechte Gesellschaft will, muss das Bildungssystem grundlegend reformieren. Die GAL setzt sich seit Jahren für inhaltliche und strukturelle Veränderung der Hamburger Schulen ein. Eine Schule für alle – das bedeutet die Vermeidung der Auslese nach sozialer Herkunft, längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung aller Kinder. Wir streben für alle Jugendlichen einen mittleren Schulabschluss an. Erst dann entscheidet sich, wer weitermacht bis zum Abitur und wer direkt eine berufliche Qualifikation anstrebt. Diese Schule vermeidet nicht nur die Nachteile des gegliederten Schulsystems. Sie ist auch in der Lage, individuell sowohl starke als auch schwächere Schülerinnen und Schüler zu fördern.

Was fehlt im neuen Grundsatzprogramm der CDU?

Ich möchte an dieser Stelle kurz auf zwei Themen eingehen, die es der CDU offenbar nicht wert waren, in das neue Grundsatzprogramm aufgenommen zu werden.

Die CDU spricht viel über die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft. Von Kinder- und Jugendpartizipation ist aber an keiner Stelle die Rede. Uns Grünen ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsprozessen sehr wichtig, weil es die Akzeptanz von Maßnahmen und Projekten erhöht und Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, in Jugendräten, Jugendparlamenten oder projektbezogen ihre Interessen zu formulieren und selbst einzubringen. In Hamburg möchte die GAL die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als verbindliche Aufgabe in das Bezirksverwaltungsgesetz aufnehmen.

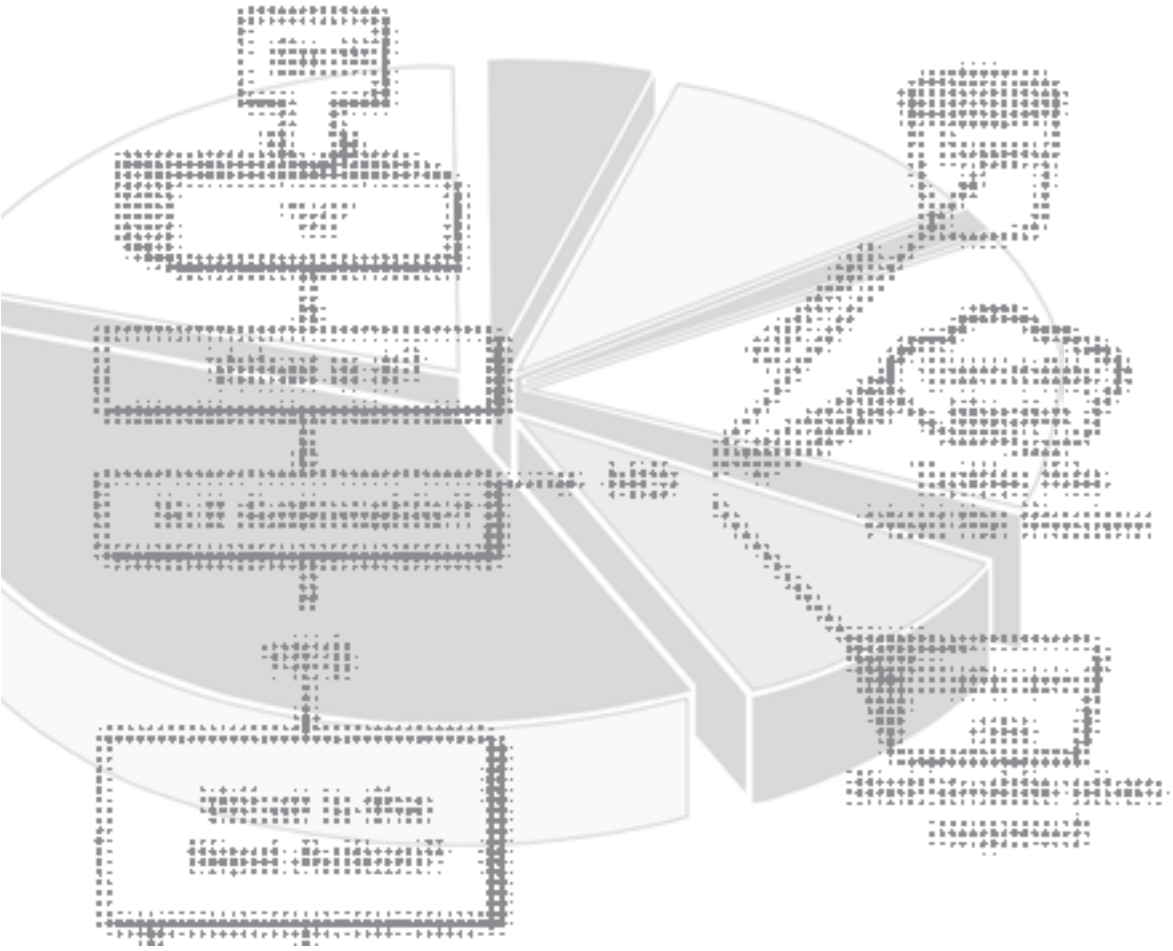
Auch das Thema Kinderrechte hat im Grundsatzprogramm der CDU keine Berücksichtigung gefunden. Dabei haben internationale Vergleichsstudien wie zuletzt die Unicef-Kinderstudie der Bundesrepublik in puncto Kinderfreundlichkeit ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Kinder finden in unserer Gesellschaft als eigenständige Persönlichkeiten keine hinreichende Anerkennung. Gewalt gegen Kinder, Vernachlässigung aber auch fehlende Angebote zur Entfaltung und schlechte Beteiligungsmöglichkeiten zeigen, dass die Wertschätzung von Kindern nicht ausreichend verankert ist. Weder das Grundgesetz noch die Hamburger Verfassung enthalten ausdrücklich die Rechte des Kindes. Die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz oder die Hamburgische Verfassung würde die gesellschaftliche Wertschätzung von Kindern klar zum Ausdruck bringen und Staat und Gesellschaft auf die Berücksichtigung der Belange der Kinder in allen Lebensbereichen verpflichten.

Fazit

Was bringt das neue Grundsatzprogramm der CDU Kindern, Jugendlichen und Familien? Zu wenig, meine ich. Die CDU hat mit der Aufnahme des Betreuungsgeldes in ihr Programm belegt, dass Kindertageseinrichtungen im Bewusstsein vieler Christdemokraten immer noch nicht als Bildungsorte verankert sind. Sie gibt Steuererleichterungen für Verheiratete den Vorzug vor einer gezielten Förderung von Kindern und Familien. Mit dem Festhalten an einem Schulsystem, das aussortiert statt individuell zu fördern, verschlechtert sie die Bildungschancen vieler Kinder in diesem Land. Sie nimmt weiter in Kauf, dass die soziale Herkunft über die Zukunft von Kindern entscheidet. Das neue Grundsatzprogramm zeigt auch, dass sich die CDU nach wie vor schwer tut, unterschiedliche Lebensformen anzuerkennen. Sie eröffnet jungen Menschen, insbesondere Mädchen, keine Perspektiven in einer sich verändernden Welt.

Zur Person

Christiane Blömeke wurde 1960 in Hamburg geboren. Die gelernte medizinisch-technische Assistentin und Umweltpädagogin ist seit 1991 Mitglied bei den Grünen. Seit 2004 ist sie Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft und Sprecherin der GAL-Fraktion für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.



Links an der Jugend vorbei!

Von Katalin Busche (FDP)

Generationengerechtigkeit – ein Thema, das schon immer von großer Wichtigkeit gewesen ist, aber gerade heute angesichts des demografischen Wandels an Bedeutung gewonnen hat. Doch es scheint, als ob sowohl die CDU als auch die SPD diese Verantwortung für die Gesellschaft nicht erkannt haben, was sich auch in ihren Grundsatzprogrammen niederschlägt.

Ein gutes Beispiel für diese Verfehlungen, einem gerechten Ausgleich der Generationen nachzukommen, ist der kürzlich aufgekommene Streit innerhalb der SPD um das ALG I. Das Resultat aus diesem lässt sich mit den Worten »Generationengerechtigkeit à la Beck« zusammenfassen. Konträr zu den Beschlüssen im Zuge der Agenda 2010 wurde die Bezugsdauer des ALG I verlängert, was wieder der jungen Generation zu Lasten geht, da eine kostenneutrale Finanzierung einer längeren Bezugsdauer von ALG I für Ältere geringe Auszahlungen an Jüngere bedeutet. Diese Entscheidung wäre sowohl falsch als auch ungerecht. Gleichwohl bezeichnet sich die CDU an dieser Stelle in ihrem kürzlich verabschiedeten Grundsatzprogramm als einzige verbliebene Partei der politischen Mitte, was einem Realitätsverlust gleichkommt. Einer SPD den Linksruck vorwerfen auf der anderen Seite aber selbst das Regierungshandeln in diese Richtung zu lenken, erzeugt kein glaubwürdiges Erscheinungsbild einer Partei der Mitte. Ein weiteres Beispiel für diese Tendenz, sich bei wichtigen Entscheidungen von der SPD in die Ecke stellen zu lassen, ist der Post-Mindestlohn. Arbeitsplätze zu vernichten und zu Ungunsten der Bürger ein Monopol zu stärken, kann in keinem Fall zielführend sein. Unter erneut propagierten Maßgaben – wie »Vorfahrt für Arbeit« – ist nach Ansicht der FDP etwas anderes zu verstehen. »Mindestlohn« hört sich gut an, aber die Folgen daraus keineswegs. Eine staatliche Lohnfestsetzung bei der Post bedeutet nichts anderes als ein erhöhtes Entlassungsrisiko für Arbeitnehmer, erschwerte Einstiegbedingungen für Arbeitssuchende und für die Verbraucher höhere Preise. Der Mindestlohn ist ein Arbeitsplatzkiller, der weder Arbeitsplätze noch Wettbewerb schafft, sondern im Gegenteil diese zunichte macht. Doch trotz aller Argumente, die klar gegen die Einführung dieses Mindestlohnes sprechen, sind schon weitere Branchen im Gespräch, die mit dem Mindestlohn »beglückt« werden sollen. Auch in Hamburg haben die Folgen des Mindestlohnes bereits um sich gegriffen. Die PIN Group in Hamburg musste noch vor Weihnachten 100 Arbeitnehmern ihren Job kündigen, weitere 9000 stehen auf der Kippe. Auch ein anfänglich niedriger Lohn stellt gerade für Langzeitarbeitslose und Berufseinsteiger die Möglichkeit dar, erste Schritte in der Berufswelt zu machen und sollte daher nicht durch staatliche Eingriffe abgeschafft werden.

Genau so verhält es sich mit der momentan geführten Höchstlohndebatte, die innerhalb der Großen Koalition entbrannt ist. Solange hohe Managergehälter nicht zu Ungunsten der Belegschaft entstehen und diesen daraus kein Nachteil entsteht, ist an hohen Gehältern nichts auszusetzen. Die Festsetzung dieser liegt allein im Ermessen der Geschäftsführung, und kein Politiker sollte sich Anmaßen mitzubestimmen, in welcher Höhe diese zu sein haben.

Des Weiteren wird die CDU dem Anspruch, die Interessen der jungen Generation zu berücksichtigen, nicht gerecht. Es wird weder versucht, die Staatsverschuldung schnellstmöglich zu beenden, noch wird eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme angestrebt. Dadurch entstehende Probleme werden wieder der jungen

Generation zur Last fallen. Das Argument, man könne in einer Großen Koalition nicht alles umsetzen, was wünschenswert sei, kann nicht als Rechtfertigung dafür dienen, keine generationengerechte Politik durchzusetzen. Für junge Menschen bedeutet Stillstand nämlich Rückschritt, und das kann keine Regierung verantworten.

Zu kritisieren ist des Weiteren der Beschluss der SPD zur Wehrpflicht, welcher ihre Mutlosigkeit und Konformität widerspiegelt. Eine »freiwillige Wehrpflicht«, wie sie die SPD betitelt, ist kein Kompromiss sondern einfach unzeitgemäß. Auch sicherheitspolitisch ist die Wehrpflicht nicht mehr notwendig. Sie stellt derzeit lediglich eine Freiheitsbeschneidung im Leben jünger Männer dar. An dieser Stelle wäre eine klare Positionierung der SPD anstelle von undefinierbaren Aussagen wünschenswert.

Ein weiteres brisantes Thema ist die Bildungspolitik, die vor allem das Konzept der Einheitsschule betrifft. Eine Einheitsschule ist nach Ansicht der SPD der einzige Weg, eine gerechte Chance für alle auf die gleiche Bildung herzustellen. Die FDP erachtet diesen Ansatz für falsch. Es ist nicht Aufgabe des Staates den Eltern und Schülern vorzuschreiben, in welche Schule diese zu gehen haben. Eine Wahlfreiheit und die Entfaltung aller Schulen nach ihren Vorstellungen ermöglichen das umfassendste Bildungsangebot und bieten den Schülern die Möglichkeit, sich gemäß ihren Vorstellungen zu entfalten. Nicht auf jeden Schüler passt das gleiche Profil, die gleichen Lehrmethoden und somit die gleiche Schule. Ein individuelles Angebot in allen Bereichen stellt die beste Möglichkeit dar, Schülern die Aussicht auf eine auf sie individuell zugeschnittene Bildung zu ermöglichen – ausgehend von gleichen Chancen für alle. Daher ist es auch von großer Notwendigkeit, dass Schulprofile an Deutlichkeit gewinnen. Außerdem ist das Angebot an Schulsport auszuweiten, denn dieser ist gesund und fördert die soziale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen. An dieser Stelle hilft es nicht, leere Versprechen geltend zu machen und Ausgaben in unrealistischen Höhen für diese Maßnahmen zu benennen, um Wählerstimmen zu gewinnen. Viel wichtiger ist bei solchen Projekten die Realisierbarkeit und Effizienz, die gewährleistet, dass die beste Möglichkeit gefunden wird.

Ein weiterer interessanter Ansatzpunkt ist die Innenpolitik der CDU, die allein darauf zu zielen scheint, ein Klima der Angst zu erzeugen. Die lang anhaltende Debatte über die Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchungen und abzuschießende Flugzeuge soll verdeutlichen, dass nach Ansicht der CDU Deutschland von allen Seiten durch terroristische Aktivitäten bedroht ist und dringend Maßnahmen zur Sicherheit der Bevölkerung ergriffen werden müssen. Ob die Freiheit und die Bürgerrechte eingeschränkt werden, scheint an dieser Stelle niemanden zu interessieren.

Zusammenfassend kann man von einer Großen Koalition der großen Worte sprechen, die ganz im Zeichen von gegenseitigem Annähern auf der linken Seite steht. Für die Mitte bleibt an der Regierung trotz stolzen Verkündungen der CDU, die Volkspartei der Mitte zu sein, nichts übrig. Kürzlich verabschiedete Grundsatzprogramme, die sich zu alten Werten der Partei bekennen, ändern nichts an der Tatsache, vom eigentlichen Kurs abgekommen zu sein. Auch die SPD scheint orientierungslos ihres Weges zu gleiten. Wohin das führen soll, wird sich zeigen, unter anderem am 24. Februar.

Die Stimme der Freiheit ist nach wie vor die FDP. Und wer meint, sich mitunter zu diesem Ideal zu bekennen, trifft mit der FDP die richtige Wahl.

Zur Person

Katalin Busche, 19 Jahre alt, Schülerin am Gymnasium Willhöden
Position bei den Julis: Bezirksvorsitzende Altona, Mitglied des Landesvorstandes | Bürgerschaftskandidatin der FDP

Anzeige

BERNHARD ASSEKURANZMAKLER GmbH

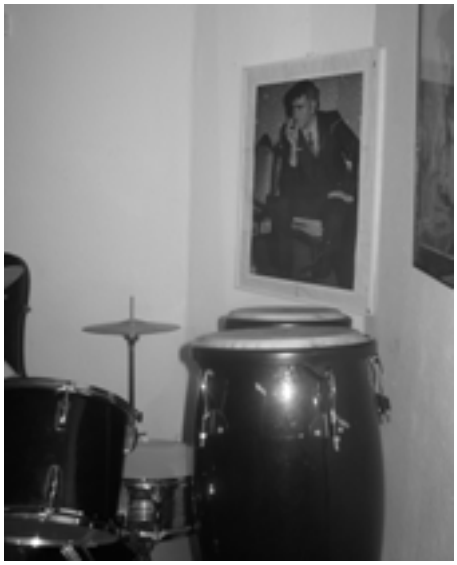
– international –

Partner des Landesjugendrings Hamburg e.V
Wir versichern alle Massnahmen, Veranstaltungen und Einrichtungen
Abteilung III für die Bereiche Jugend, Bildung, Kultur und Freizeit

Mühlweg 2b • D-82054 • Sauerlach
Telefon: 08104 / 89 16 • Fax: 08104 / 89 17 35
www.bernhard-assekuranz.com

Serie: Die WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeitprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum stellt in dieser Serie einige der WirkungsStätten vor, wo all das geplant und gelebt wird. – In dieser Ausgabe besuchen wir das Mig-Zentrum im Karoviertel.



Von Musik bis Migrationshilfe

Die vielen Gesichter des Mig-Zentrums

Von Bianca Gerlach, Hamburg

Jeden Donnerstag verwandelt sich das Mig-Zentrum in einen orientalischen Musikkeller. Vereinsmitglieder üben auf der Saz. An anderen Tagen geht es weniger spielerisch zu, dann stehen spezifische Migrationsprobleme auf dem Programm.

»Üç, iki, bir«, zählt Hüseyin. Klopft dabei mit dem rechten Bein kräftig auf den Boden und legt los. Seine Hände huschen über den Steg seiner Saz, eine Art Gitarre. Um ihn herum stimmen neun weitere Spieler zeitgleich mit ein. Der ganze Raum erfüllt sich mit orientalischen Klängen, melancholisch schön. Hüseyin führt die Gruppe an, steuert Melodie und Rhythmus. Gelegentlich jedoch mischt sich ein schiefer Ton in das Lied. Anfängerfehler.

Die Saz-Schüler sitzen in einem Raum des Vereins der kulturellen medialen Kommunikationsstelle der Migration in Hamburg, kurz Mig-Zentrum, und üben. Der 36jährige Musiklehrer Hüseyin gibt hier jeden Donnerstag Unterricht für Vereinsmitglieder. In zwei Gruppen, je nach Spiel-Niveau, bringt er etwa zehn bis zwölf Interessierten das Spielen des typisch türkischen Instruments bei, das eigentlich Bağlama heißt, aber meist Saz genannt wird. Ein Saiteninstrument mit dünnem Steg und einem Bauch, der einer großen Wassermelonenhälfte gleicht.

Das Mig-Zentrum macht Jugendarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund und Asylbewerber. Die rund 40 aktiven Mitglieder kommen überwiegend aus der Türkei und Kurdistan, zwei sind aus Peru. Die Räume in der Hamburger Feldstraße sind von Montag bis Freitag geöffnet, in der Regel zwischen 13 und 19 Uhr. Allerdings sind sie häufig auch am Wochenende zugänglich, etwa weil eine Veranstaltung stattfindet oder sich bestimmte Gruppen nur am Wochenende treffen können. »Eigentlich ist hier fast an jedem Tag Programm«, erzählt Ilhan, der drei Mal in der Woche ehrenamtlich aushilft. »Dienstags bieten wir einen Gitarrenkurs an, mittwochs einen Folkloreabend, donnerstags Saz-Unterricht und freitags trifft sich eine komplette Band zum Üben«, sagt er.
Musik ist allerdings nicht Schwerpunkt des Vereins. Das Mig-Zentrum will helfen, sich in Deutschland zurecht zu finden. Man will zusammen mit den Mitgliedern spezifische Probleme der Migration lösen. Daher finden über das Jahr verteilt Seminare statt. Beispielsweise über Bildungspolitik. Hier erzählt ein Dozent, welche Abschlüsse es in der Bundesrepublik überhaupt gibt und erklärt das Schulsystem. Zudem werden Tipps von einem Pädagogen verraten, wie man besser lernt. Weitere Themen sind Familienzusammenführung und Aufenthaltsrecht. Rechtsberatung gehört ebenfalls zum Programm. »Vortragsabende oder Wochenendseminare sind immer sehr gut besucht, teilweise kommen bis zu 40 Leute. Meist nicht nur Mitglieder, sondern gleich die ganze Familie«, erzählt Ilhan, der seit 1989 in Deutschland wohnt und hauptberuflich Jugendarbeit macht.

An diesem Saz-Abend trifft sich parallel die Frauengruppe zum Filmabend. Die 28jährige Berivan leitet sie seit etwa anderthalb Jahren. »Wir haben uns gerade das Thema Gewalt an Frauen ausgesucht und zeigen daher vier Tage lang Filme darüber«, sagt die Studentin der Informatik und des Ingenieurwesens in Harburg. An diesem Abend läuft »Die Farbe lila«. Tags zuvor war es ein afghanischer Film. Treffen an einem Wochentag sind jedoch die Ausnahme. Normalerweise sehen sich die Frauen zwischen 22 und 45 Jahren sonntags für ein bis zwei Stunden.

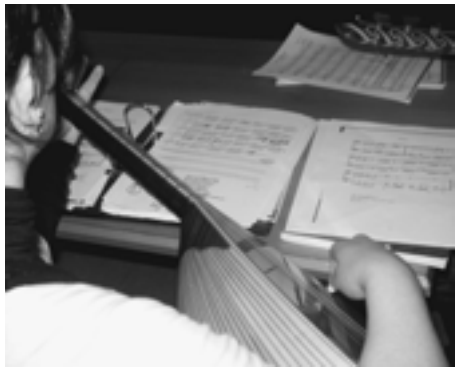
Dann setzen sie sich zusammen und lesen beispielsweise Texte über die Gleichstellung von Mann und Frau und diskutieren über die Unterdrückung von Frauen. Berivan stellt meist das Programm zusammen, die anderen können allerdings jederzeit Vorschläge machen, welches Thema besprochen werden soll.

Die verschiedenen Gruppen treffen sich jeweils in den Souterrain-Räumen in der Feldstraße, direkt gegenüber vom Hamburger Dom. Zwei Räume gibt es hier. Ein großer mit einer leicht gewölbten Decke, selbst gemalten Bildern an der Wand, einem Bücherregal mit deutschen und türkischen Werken von Roman bis Ratgeber und Tischen, die an Lehrerzimmer-Möbiliar erinnern. Dünne verchromte Beine, Holzplatte. Nicht wirklich gemütlich. Das Zentrum ist in dieser Stätte nur vorübergehend und sucht gerade neue Räume. »Aber sobald Vermieter hören, dass wir Ausländer sind, wollen sie uns keine Räume vermieten. Das ist ein echtes Problem«, sagt Ilhan. Und räumt weiter ein: »Klar, ist es etwas lauter. Aber so ist es doch bei Jugendarbeit: Jugendliche sind immer lauter.« Dabei sind die lärmintensivsten Aktivitäten bereits alle ausgelagert. Die etwa 30 Jungen des Vereins spielen in einer Fußballmannschaft in Hammerbrook und die Folkloreabende finden in einem Familienzentrum direkt in der Schanze statt. Für diese Veranstaltung wären die Räumlichkeiten des derzeitigen Standortes sowieso viel zu klein. In dem schmalen Flur zur Küche drängeln sich Vereinsmitglieder mit Teetassen, der Hauptraum wirkt mit der Frauengruppe vor dem großen Fernseher bereits voll.

Im kleinen Nachbarzimmer, in dem die Saz-Gruppe übt, ist es noch enger. Tische, die wie ausrangierte Schulmöbel wirken, stehen in einem Quadrat zusammen, zwei kleine Souterrain-Fenster zeigen direkt auf den Bordstein, eine grelle Leuchtstoffröhre macht den Raum taghell. Die Musik allerdings lässt die Enge vergessen und gibt dem Zimmer orientalische Wärme. Die Schüler, der Großteil zwischen 20 und 30 Jahren, zupfen und klopfen auf der Saz, einige bereits routiniert, andere noch recht unbeholfen. Besonders bei schwierigeren Stücken setzen viele aus, etwa bei der Spielart Şelpe, bei der man Töne durch eine bestimmte Klopftechnik auf dem Saz-Steg hervorlockt.

»Im Gegensatz zur Gitarre spielt man auf der Saz einzelne Töne, auf der Gitarre meist nur Akkorde«, erzählt der Musiklehrer Hüseyin, der sich auf Saz-Unterricht spezialisiert hat. Einfach sieht es nicht aus. Die sechs Saiten liegen dicht beieinander, die Abstände der Griffe sind teilweise sehr groß, so dass die Hände schnell über den Steg fliegen müssen. »Unmöglich ist es jedoch nicht. Wir üben in der einen Woche neue Noten, in der nächsten probieren wir sie beim Spielen aus. Nur üben muss man«, sagt Hüseyin und stimmt das nächste Lied an.

Keine zwei Sekunden später beginnt die 26jährige Türkin Eylem mit einer wunderschönen, tiefmelancholischen Stimme über die Instrumente hinweg zu singen. Ihre tiefe Stimme füllt den Raum aus. Ihr Sitznachbar, etwa 25 Jahre alt, tiefbraune Augen, summt zaghaft mit. Der Rest konzentriert sich auf das Spielen. Beim Refrain stimmen alle mit ein. Kräftige Laute, emotional, einige schiefe Töne der Anfänger schleichen sich unter die Melodie. Die Lieder handeln meist von Liebe und Heimat. Einige sind bereits 500 Jahre alt, andere neu geschrieben und aus der Türkei importiert. Die Instrumente sind ebenfalls in der Ferne geordert, werden in Deutschland gar nicht hergestellt. Sie kosten zwischen 250 und 3000 Euro. Anfangs hat der Musiklehrer einige mitgebracht, inzwischen besitzt fast jeder in der Gruppe ein eigenes. Sogar die jüngste Spielerin: Asya, zehn Jahre alt. Sie ist seit Beginn der Saz-Stunden im Frühsommer 2007 dabei. Noch zupft sie etwas zaghaft an den dünnen sechs Saiten ihres Instruments. Aber konzentriert. »Ich finde gut, dass man irgendwann Konzerte geben kann«, sagt sie. Das hofft nicht nur sie.



Info

Mig-Zentrum | Kulturelle mediale Kommunikationsstelle der Migration
Feldstr. 48 | 20357 Hamburg
Ansprechpartner: Ilhan Akdeniz

Mitteilungen – Alternative Stadtrundfahrten

Alternative Stadterkundung
Ein neues und ganz anderes Angebot zur Geschichte Hamburgs im Nationalsozialismus
Um Spürsinn und Forschergeist der Teilnehmenden zu wecken, hat der LJR eine Alternative Stadterkundung erarbeitet, bei der Jugendliche sich selbst auf die Suche nach Orten und Denkmälern begeben. Ziel ist es, die eigenständige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu fördern und einen spielerischen Zugang zum Thema zu finden. Die Geschichte der Stadt im Nationalsozialismus, jüdisches Leben und die Arisierung jüdischer Geschäfte sowie die heutige Erinnerungskultur stehen im Mittelpunkt der Fragen zu Orten, welche die Jugendlichen mit Hilfe einer Stadtführerin erkunden. Die Stadterkundung findet im Innenstadtbereich ausschließlich zu Fuß statt. Sie beginnt am Rathausmarkt und endet im Grindelviertel.
Um das neue Konzept für die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur zu evaluieren, suchen wir Gesamtschulklassen ab Stufe 9, die das Thema Nationalsozialismus im Unterricht bereits behandelt haben und an einer Alternativen Stadterkundung teilnehmen wollen. Wir bieten Ihren Schüler/innen (in Gruppen bis zu 20 Schüler/innen) eine etwa dreistündige Erkundung der Hamburger Innenstadt zum Thema »Hamburg im Nationalsozialismus«. Im Gegenzug erwarten wir einen Teilnahmebeitrag von 1 € pro Person und die Bereitschaft, je einen Fragebogen ausfüllen. Das Ausfüllen des anonymen Fragebogens dauert 15 bis 20 Minuten. Die Fragen sind so konzipiert, dass die Schüler/innen die Stadterkundung und die Geschichte des Nationalsozialismus reflektieren. Diese Überlegungen können später auch in die Unterrichtsdiskussion einfließen.
Info: Landesjugendring Hamburg
Tel.: (040) 317 96 116

Swing-Jugend in Hamburg –
eine Subkultur im Nationalsozialismus
Alternative Stadtrundfahrt am 30. März 2008
Sie hörten Duke Ellington, Benny Goodman und andere Interpreten, liebten es zu feiern und zu tanzen. Zur Erinnerung an die Hamburger Swing-Jugend, die von den nationalsozialistischen Machthabern allein aufgrund ihres Musikgeschmacks als Oppositionelle eingestuft wurde, veranstaltet der LJR am Sonntag, den 30.03.08 ab 13.00 Uhr eine Alternative Stadtrundfahrt.
Vielen Swing-Begeisterten war ihre Konfrontation mit dem NS-Regime zunächst nicht bewusst. Viele der jugendlichen »Swing-Heinis« und »Swing-Babes« stammten aus wohl situierten Hamburger Kaufmannsfamilien und interessierten sich nicht primär für Politik. Ihre Leidenschaft galt angloamerikanischer Musik, sprich Swing und Jazz. Auch als 1935 verboten wurde, Jazzmusik im deutschen Rundfunk zu spielen, wollten sich viele Menschen, die Freude an dieser Musik nicht verderben lassen. In Hamburg brachte dies mehrere hundert Jugendliche in Konflikt mit dem NS-Staat. Die Alternative Stadtrundfahrt thematisiert die Verfolgung der »Swing-Heinis« und der »Swing-Babes«. Musik- und Filmeinspielungen vervollständigen die Darstellung. Im Anschluss an die Fahrt lädt die Zinnschmelze, Barmbeker Verein für Kultur und Arbeit, zum Swing-Café ein.
Veranstalter: Landesjugendring Hamburg – in Kooperation mit der Zinnschmelze
Treffpunkt: ZOB, Adenauerallee 78, 20097 Hamburg
Termin: Sonntag, den 30.03.08 um 13.00 Uhr
Karten: 7 €, ermäßigt 5 €

Seminar für jugendliche Gedenkstättenführer/innen
Hast Du Interesse, Dich an einem Seminar für jugendliche Gedenkstättenführer zu beteiligen? Wir laden Dich ein, im Frühjahr und Sommer Jugendgruppen und Schulklassen durch die Ausstellungen der beiden Gedenk- und Bildungsstätten »Israelitische Töchterschule« und KZ-Gedenkstätte Neuengamme zu führen. Zu Vorbereitung planen wir ein eintägiges Treffen in der »Israelitischen Töchterschule« in den Frühjahrsferien und einen zweitägigen Workshop – mit Übernachtung – in Neuengamme.
Gemeinsam mit anderen überlegst Du Dir, welche Informationen für Dich so wichtig sind, dass Du sie weitererzählen willst – und wie Du sie vermitteln willst. Denn Vorträge sind langweilig und ermüden. Was fällt Dir ein?! In den Wochen vor den nächsten Sommerferien kannst Du Deine eigenen Ideen bei Führungen ausprobieren.
Zu den Voraussetzungen für die Teilnahme gehören keine besonderen Geschichtskenntnisse. Du solltest ein gewisses politisches Interesse mitbringen, die Bereitschaft, Dich einzumischen und vor allem Lust haben, gemeinsam mit anderen Jugendlichen am Thema zu arbeiten.
Hast Du Interesse mitzumachen? Wir können etwa 15 Plätze vergeben.
Wir, das sind Maren Riepe vom **Landesjugendring Hamburg e.V.**, Dr. Erika Hirsch von der **Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule** (Hamburger Volkshochschule) sowie Herbert Diercks von der **KZ-Gedenkstätte Neuengamme**.

Termine:
• Montag, 10. März 2008, 10 bis 17 Uhr: eintägiger Workshop in der »Israelitischen Töchterschule«, Karolinenstraße 35, Hamburg
• Montag, 17. März, 10 Uhr, bis Dienstag, 18. März 2008,
16 Uhr: zweitägiger Workshop in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Kosten: 10,00 € für die Teilnahme am gesamten Projekt
Anmeldung bitte beim LJR:
Tel. (040) 317 96 114 oder per e-Mail an: maren.riepe@ljr-hh.de

Give me Five!
Erfolgreiche respekt*-Veranstaltung im November im kölibri

Im November fand nun schon zum fünften Mal das große antirassistische Aktionswochenende »respekt* – gegen alltägliche gleichgültigkeit« statt. Erneut positionierten sich die AGfJ und der PBN als Veranstalter/innen deutlich gegen alle ausgrenzenden und diskriminierenden Tendenzen in unserer Gesellschaft. »respekt* 5« bot an zwei Tagen im Stadtteilzentrum Kölibri in St. Pauli, wieder einen offenen Rahmen für alle Interessierten, die sich mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und NS-Zeit auseinander setzen wollten.

In den Workshops am Samstag diskutierten über 90 Teilnehmende in verschiedenen Workshops zu Themen wie: »NPD-Verbot – Ja oder nein?«, »Wie kann ich in meinem Verband oder in meinem persönlichen Umfeld gegen Rechts aktiv werden?«, die Gefahr rechtsextremer Musik (»RechtsRock«) und Antisemitismus.

Die Workshops luden ebenso zur Diskussion ein wie das Gespräch mit Ludwig Baumann am Samstagabend. Ludwig Baumann desertierte als 17jähriger, da er nicht an dem verbrecherischen Krieg der Wehrmacht teilnehmen wollte. Nachdem Ludwig Baumann gefasst wurde, verurteilte ihn die NS-Militärjustiz zum Tode, wie 30.000 andere Wehrmachtsdeserteure. Nur glückliche Zufälle bewirkten, dass Baumanns Todesurteil nicht vollstreckt wurde und er ebenfalls die KZ-Zeit in Esterwegen überlebte. Erst im Jahre 2002 – nach langjährigem Kampf der Betroffenen – wurden die Unrechtsurteile gegen die Deserteure aufgehoben. Vielen Besucher und Besucherinnen entsetzte die Tatsache, dass die Angehörigen ermordeter Deserteure keine Hinterbliebenenrente in der Bundesrepublik erhielten, da sie offiziell als »vorbestraft« galten. Im Gegensatz dazu hatten die Hinterbliebenen von SS-Männern und Wehrmachtssoldaten keine Probleme mit ihren Rentenbescheiden. Nach mehrstündiger Diskussion endete erneut ein lehrreicher und spannender Zeitzeugenabend bei respekt*.

Im Rahmen der Frühstücksmatinée am Sonntag wurde in dem Vortrag »Keine Stimme den Nazis« die Beteiligung rechtsextremer Parteien an den Hamburger Bürgerschaftswahlen 2008 thematisiert und die sehr empfehlenswerte Broschüre »Braune Jungs un Nazi-Deerns – Hamburg ganz rechts« der DGB-Jugend und der Gruppe Avanti vorgestellt. Ein weiterer Schwerpunkt war die »Verfolgung homosexueller Menschen in der NS-Zeit«. Zu diesem Themenkomplex wurde am Sonntag der Film »§ 175« gezeigt, ein Stadtteilrundgang durch St. Pauli zu Stätten der Verfolgung angeboten und die Ausstellung »Stolpersteine« durchgeführt.

Erfreulicherweise beteiligten sich auch in diesem Jahr mehr als 250 Teilnehmende am respekt*-Wochenende, was zeigt, dass Jugendliche und junge Leute ein großes Interesse an bildungspolitischen Veranstaltungen und am Engagement gegen ausgrenzende Ideologien haben.

2008 findet respekt*6 übrigens am 15./16.11. statt – das solltet Ihr Euch schon mal vormerken!
(Jan Jetter, Bildungsreferent der AGfJ)

Veranstaltungen der DGB-Jugend zur Bürgerschaftswahl 2008

Thema: Ausbildung in Hamburg

Probleme auf dem Ausbildungsmarkt, eine Berufsschulreform, Büchergeld an den beruflichen Schulen – es gibt zahlreiche Themen über die wir diskutieren können. Einige Kandidaten/-innen zur Bürgerschaftswahl haben sich dazu bereit gefunden, dies mit uns zu tun:

Britta Ernst (MdHB, parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion)
Robert Heinemann (MdHB, schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion)
Gudrun Köncke (MdHB, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der GAL-Fraktion)
Mehmet Yildiz (Kandidat der Partei Die Linke)
Sylvia Canel (Kandidatin und bildungspolitische Sprecherin der FDP Hamburg)

Termin: Mittwoch, 13. Februar 2008, 18 Uhr
Ort: DGB-Jugendclub »Movimento« im Gewerkschaftshaus | Besenbinderhof 57a (Nähe ZOB und Hauptbahnhof)
Eintritt: frei, Anmeldung nicht erforderlich
Weitere Infos: www.dgb-jugend-nord.de

Thema: »Nazis kandidieren zur Bürgerschaftswahl«

Die Deutsche Volksunion (DVU) kandidiert zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 24.02.2008. Ob die DVU bei der kommenden Wahl tatsächlich in die Bürgerschaft Einzug halten wird, ist noch unklar. Mit ihren Slogans wie »Arbeit statt Zuwanderung« und »Michel statt Moschee – keine orientalische Machtsymbolik in unserer Stadt« nimmt sie erwartungsgemäß eindeutig rassistische Positionen ein und schürt dabei Ängste vor einer angeblichen »Überfremdung« der Gesellschaft. Gleichzeitig tritt die NPD in Hamburg verstärkt in die Öffentlichkeit und agiert zunehmend offensiver.
Mit der Broschüre »Braune Jungs un Nazi-Deerns« haben die DGB-Jugend und „Avanti – Projekt undogmatische Linke" einen Überblick über die Strukturen und die Ideologie der extremen Rechten in Hamburg gegeben. Ein Referent von »Avanti« stellt auf dieser Veranstaltung die Broschüre vor und informiert über die Struktur der Szene, ihren Wahlkampf und die von ihr ausgehenden Gefahren.

Hinweis: Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Organisationen wie NPD, DVU, Republikaner und der »Freien Kameradschaften« haben keinen Zutritt zu der Veranstaltung (nach § 6, VersG). Für diesen Personenkreis gilt diese Einladung nicht. Bei Zuwiderhandlung behält es sich der Veranstalter vor, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen.
Termin: Dienstag, 15. Januar 2008, 19 bis ca. 21 Uhr
Ort: DGB-Jugendclub »Movimento« im Gewerkschaftshaus | Besenbinderhof 57a (Nähe ZOB und Hauptbahnhof)
Eintritt: frei, Anmeldung nicht erforderlich
Weitere Infos: www.dgb-jugend-nord.de

Bock auf Wahl ?!
Website der DGB-Jugend

In der zweiten Januarwoche geht die Info-Seite der DGB-Jugend zur Bürgerschaftswahl in Hamburg online: aktuelle News, Standpunkte, Hintergrundberichte, Veranstaltungshinweise und vieles mehr stehen bereit und werden laufend aktualisiert. *www.bock-auf-wahl.de*

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.

Nehr Offsetdruck Media
Antonie-Möbis-Weg 3 · 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 · Telefax 040 / 571 09 62

© Bundeszentrale für politische Bildung

Der Hamburger Wahl-O-Mat kommt zur Bürgerschaftswahl!

Ab dem 1. Februar 2008 online

Zur Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 präsentieren die Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung sowie der Landesjugendring Hamburg das ultimative »Wahltool«. Check it out! *www.bpb.de/wahl-o-mat* | *www.ljr-hh.de*

Wie funktioniert der Wahl-O-Mat?

Das interaktive »Wahltool« präsentiert 30 Thesen aus verschiedenen Politikfeldern, die von den Parteien zuvor mit »stimme zu«, »stimme nicht zu« oder »neutral« beantwortet wurden. Die Nutzer/innen antworten je nach ihrer politischen Überzeugung genau so auf die Thesen und erhalten am Ende ihr politisches Aha-Erlebnis: Der Wahl-O-Mat listet die Parteien nach dem Grad der Übereinstimmung mit den eigenen Positionen auf. Zudem sind Erläuterungen der Parteien zu den Thesen aufrufbar, um Begründungen zu den politischen Positionen nachzulesen. Der Wahl-O-Mat kann online unter *www.bpb.de/wahl-o-mat* und unter *www.ljr-hh.de* genutzt werden. Für den Offline-Einsatz stehen CD-Versionen zur Verfügung.

Wie wird der Wahl-O-Mat erstellt?

Der Hamburger Wahl-O-Mat 2008 wird in einem langjährig erprobten Prozess entwickelt: Aus den Wahlprogrammen derjenigen Parteien, die eine realistische Chance auf Einzug in die Bürgerschaft haben, extrahieren elf engagierte Jungwähler/innen (darunter sechs aus Hamburger Jugendverbänden) 30 politische Thesen zu zentralen Themen wie Arbeitsmarkt, Soziales, Sicherheit oder Bildung, wobei sie von wissenschaftlichen Experten/innen der Politik, Pädagogik und Kommunikation begleitet werden. Die Thesen werden von den Parteivorständen der Parteien autorisiert, mit »stimme zu«, »stimme nicht zu« oder »neutral« beantwortet, und die Antworten schließlich in kurzen Texten von den Parteien begründet.

Ziele

Der Wahl-O-Mat gibt keine Wahl-Empfehlung, sondern will junge Menschen sowie Wahl- und Politikmüde für das Wählen gewinnen und ihnen dazu einen leichten Einstieg in die Beschäftigung mit den Themen des Wahlkampfs bieten. Er möchte auch die Wahlberechtigten erreichen, die ...

... sich sonst nicht mit den Wahlprogrammen der Parteien auseinandersetzen – und sie dazu anregen,

... Wahlkampfthemen und -diskussionen »zu kompliziert« finden – und sie zur weiteren Auseinandersetzung motivieren,

... denken, bei der Wahl ginge es um keine für sie relevanten Themen – und sie über die Themen der Wahl informieren,

... meinen, ihre Stimme zähle nicht, weil »die Parteien alle gleich sind« – und ihnen die Unterschiede zwischen den Parteien zu vermitteln.

Wahl-O-Mat on tour

Die Hamburger Jugendverbände im Landesjugendring haben eine Live-Tour des Wahl-O-Maten aufgelegt. Ob in der Gruppenstunde, bei einer Diskussionsveranstaltung mit Politikern oder in Kooperation mit Schulen – viele Veranstaltungsformen sind dabei. Wenn Du wissen willst, wo Du den Wahl-O-Mat vor Ort testen kannst, findest Du unter www.ljr-hh.de eine Veranstaltungsliste (ab 1. Februar), die laufend aktualisiert wird.

Du möchtest den Wahl-O-Mat selbst in Deiner Jugendruppe einsetzen? Kein Problem – selbst wenn kein Internet fähiger Computer zur Verfügung steht. Der Landesjugendring stellt Dir eine Offline-Version auf CD zur Verfügung. Und auch wenn kein Computer zur Verfügung steht, hilft der *LJR* weiter. Einfach anrufen unter: (040) 317 96 114